

Redaktion
us: Bern
Brag 1
licovno n.
Telephon 679
nachts 6797.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Brag 11.
Sovlitskovo nam. 32.
Bollshenami 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreisachsl.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . KČ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Die Masse als Objekt.

In Moskau sitzen die Kommandeure des Bolschewismus wieder einmal beisammen, um neue Parolen zu schmieden, mit denen die Massen, die sich immer mehr verflüchtigen, wieder anzulocken wären. Wie den Häuptlingen der Faschisten die Masse nur Mittel und Werkzeug zum Zwecke ist, so ist auch ihren kommunistischen Gegenfeindern die Masse nur Objekt und Sache, sie stellt ihnen lediglich die Schachfiguren in dem Spiel, das sie mit beispielloser Frivolität spielen. Weg mit der Demokratie, welche der Bourgeoisie die Herrschaft sichert, dafür Errichtung der Diktatur des Proletariats — so sing es an und das war die Zauberformel, mit der die Kommunisten anfangs weite Schichten des Proletariats faszinierten. Nicht mehr die Kapitalistenklasse sollte herrschen, sondern die Arbeiterklasse, das Tischlein deck dich sollte für alle arbeitenden Menschen bereichern, der Sozialismus verwirklicht werden und nicht erst, wie die Sozialdemokraten versprochen, als Ergebnis einer geschichtlichen und ökonomischen Entwicklung, sondern unverzüglich und sofort. Das waren Verheißungen, so blendend und verheißend, daß die von diesen Versprechungen angezogenen neuen Auserwählten der Moskauer Heilslehre gar nicht darüber nachdachten, ob eine Diktatur des Proletariats überhaupt möglich und denkbar ist und ob nicht eine solche Diktatur — da es einen einheitlichen Willen des Proletariats nicht gibt, und auch solcher erst in demokratischer Weise innerhalb des Proletariats erarbeitet werden muß — bei grundsätzlicher Regierung aller demokratischen Regierungsformen nicht schließlich bei der Diktatur einzelner oder einer Clique über das Proletariat landen müßte. Die bolschewistische Terminologie spricht immer von einer „Diktatur des Proletariats“ in Sowjetrußland, während dort in Wahrheit längst nur bestenfalls von der Diktatur einer Partei, der bolschewistischen, gesprochen werden kann. Die Masse ist Objekt geworden, das nicht mehr eigenen Willen und Einfluß besitzt und besitzen darf, als unter seinen früheren zaristischen Nachhabern.

Es sind natürlich durchwegs geborene Generale, die da in Moskau zusammengekommen sind, um über neue strategische Pläne und Experimente zu beraten, bei denen ihnen die Massen das Manöverfutter, das him- und willentlose Objekt ihrer Manöverkünste und Schachzüge abgeben soll. Man höre nur, wie selbst einer der auf der bolschewistischen Kommandeurenter an unterer Stelle stehender Kommandeure spricht und man wird erkennen können, was dem bolschewistischen Generalstab die Masse gilt und wie er sich ihre Führung vorstellt. Der tschechische Delegierte Zapotoch sprach über den neuesten Schläger, die Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung“, bei der vor allem auf die „Mittel ihrer Verteidigung“ gesehen werden müßte. Es müßte auch für die „Uebergangszeit“ — das heißt: bis diese Parole durch eine neue ersetzt werden wird — eine „klare, konkrete Linie“ ausgearbeitet werden, weil: „wir eine Massenpartei bleiben wollen und weil wir die Massen führen wollen“. Der Betrug soll ein möglichst geschickter sein, die „klare, konkrete Linie“ soll die Massen nicht merken lassen, wie sie bisher von den moskowitzischen Generalen in die Irre geführt wurden und die Massen sollen auch das für die „Uebergangszeit“ erdachte Spiel nicht durchschauen, damit die Kommunisten weiter „Massenpartei bleiben“ und weiter die „Massen führen“ können. Wir stehen heute in einer Situation, so deklamierte der Herr Zapotoch weiter, daß wir „beim besten Willen die Massen in den unmittelbaren Kampf für das Endziel, für die Diktatur, nicht aufrütteln können“. Was ist nun der Feldherr: „Wenn wir die Armee nicht sofort in eine Entscheidungsschlacht führen können, müssen wir sie beschäftigen, müssen wir sie manövrieren, damit sie nicht der Zerlegung verfallt.“ Welches „Manövrieren“

Der deutsche Währungsschutz.

Ein Schreiben des Kanzlers.

Berlin, 23. Juni. (Wolff.) Der Reichskanzler hat ein telegraphisches Rundschreiben an die Regierungen der Länder erlassen, in dem er auf die Bedeutung der neuen Verordnung über den Handel mit Devisen zum Einheitskurs hinweist. Es wird in dem Schreiben betont, daß, wenn auch möglicherweise dem Handel und dem Bankverkehr durch die neuen Bestimmungen gewisse Schwierigkeiten erwachsen würden, dieser Gesichtspunkt hinter dem Erfordernis zurücktreten müsse, dem kursorientierten Devisenhandel außerhalb der Börse entgegenzutreten. Ferner werden die Regierungen der Länder ersucht, die Reichsregierung bei der Durchführung der beschlossenen neuen Maßnahmen durch rücksichtsloses Eingreifen gegen den illegitimen Handel und die sich vor den Börsen zu unterstellen, wie auch die Reichsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln solche Erscheinungen rücksichtslos unterdrücken werde. Wie das A. T. B. zu dieser Verordnung noch erfährt, sollen Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen erst dann erlassen werden, wenn sich ihre Notwendigkeit zweifelsfrei ergebe.

Die Schutzverordnung

Berlin, 22. Juni. (Wolff.) Eine heute vom Reichspräsidenten erlassene, mit der Verkündung in Kraft tretende Verordnung bestimmt u. a., daß gegen Reichsmark oder auf Reichsmark lautende Wertpapiere nur Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung veräußert werden dürfen, die in Berlin amtlich notiert werden und nur zum amtlichen Kurs des Tages des Geschäftsabchlusses. An Tagen, an denen die betreffende Währung nicht amtlich notiert wird, dürfen in ihr Geschäfte nicht abgeschlossen werden; ausgenommen sind Geschäfte mit der Reichsbank, gegen die obige Vorschrift verstoßende Geschäfte sind nichtig. Vorsätzliche oder fahrlässige

eben in den Parolen von der Einheitsfront und der „Arbeiter- und Bauernregierung“ besteht! Und Zapotoch entwickelte seine Manöverpläne weiter: „Das Manövrieren mit den Massen kann aber nicht nur ein allgemeines und unbestimmtes sein. Es muß eine feste Richtung und ein bestimmtes, wenn auch nur vorübergehendes Ziel haben. . . . Daß die Masse nicht durch ein ununterbrochenes erfolgloses Manövrieren erschöpfen, ermatten und zur Zerlegung bringen.“ Hört man die moskowitzischen Strategen reden, glaubt man einen österrischen Feldherrn hören vor sich zu sehen, bezieht von jenen „Feldherren“, deren auf dem Manöverfeld erworbene Kriegskunst den feindlichen Manövern so reichliches Futter zu liefern verstand. Wir müssen die „Armee“, sagt Zapotoch, jeder Zoll ein General, „beschäftigen“, müssen wir sie „manövrieren“, sie „nicht erschöpfen und ermatten“, damit sie an uns, die wir die Herde „führen wollen“, nicht irre werde und trotz aller vergeblichen Opfer weiter an uns glaube.

Nicht anders als der kleinere Zapotoch sprach der größere Sinowjew. Er bekannte, daß der bolschewistische Generalstab bisher eine Reihe von „Artümen“ begangen habe, daß er früher „geglaubt“ habe, die Entwidlung werde sich ganz anders und rascher vollziehen; nun, da es anders gekommen sei, als er erwartet hatte, „bleibe nichts übrig“, als ein neues „taktisches Manöver“ zu versuchen. Und er und die anderen Moskauer Generalstabsler rechnen natürlich darauf, daß die „Armee“ sich auch für die neuen „taktischen Manöver“ werde blind und gefügig als willfähriges, gehorames Objekt mißbrauchen lassen. Ehedem hieß es: die kommunistische Partei ist eine Partei des Handels, heute geben ihre Führer zu, die Partei könne nur manövrieren. Sie wollte sich früher von den anderen „sozialistischen“ — das Wort wurde damals nur

in Widerhandlung und Aufforderung oder Aufreizung hierzu werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafen bis zum Sechshundert Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben können die ausländischen Zahlungen oder Forderungen zu Gunsten des Reiches eingezogen werden, selbst wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören, und es kann auch Publikation der Verurteilung angeordnet werden. Der Reichswirtschaftsminister kann Ausnahmen von der Verordnung bewilligen.

Der erste Erfolg.

Berlin, 23. Juni. (Eigener Bericht.) Die von der Regierung erlassene Devisenverordnung hat vorläufig ein Nachgeben der Kurse bewirkt. Sie dürfte aber das Sinken der Mark, das wirtschaftlich begründet ist, nicht aufhalten, sondern nur verlangsamen können. Auch fürchtet man ein Uebergehen der Spekulation auf den Effektenmarkt. Die Sozialdemokratie wird also mit aller Macht die Erfüllung auch ihrer übrigen Forderungen durchsetzen müssen, um eine Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen und damit die Grundlage für die Sanierung der deutschen Wirtschaft zu schaffen.

Valutaschmuggel im Flugzeuge.

Warschau, 23. Juni. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Valutaspekulation werden fortgesetzt. Das Finanzministerium hat dem Herrn eine Novelle zum Gesetz über den Valutawechsel vorgelegt. Nach dieser Novelle unterliegen alle Personen, welche gegen die Verordnung des Finanzministeriums verstoßen, einer Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark. Dank der energischen polizeilichen Maßnahmen gelang es, den in großem Stil betriebenen Valutaschmuggel, der sogar im Flugwege zwischen Warschau und Danzig stattfand, gänzlich einzustellen. Die Polizeibehörden setzen ihren Kampf gegen die Valutahändler fort. Demie wurden neuerliche Verhaftungen vorgenommen. Der Kurs an der Warschauer Börse weist seit zwei Tagen eine stabile Tendenz auf.

in Gänjesfüßen gejezt angewendet — Parteien darin unterscheiden, daß sie mit dem Aufbau der sozialistischen Weltordnung „sofort beginnen“ wollen und müsse und der Sturz der Bourgeoisie war für sie die „unmittelbarste, unverzüglich zu verwirklichende Aufgabe“, leither hat sie mit dem Kapitalismus sogar in Sowjetrußland Frieden geschlossen und jetzt hält sie es „beim besten Willen“ nicht für möglich, die „Armee sofort in die Entscheidungsschlacht zu führen“, sondern sie kann vorerst mit ihr nur „manövrieren“! Erheben ließen die unsehbar Moskauer Propheten das „nationalistische, pazifistische und humanistische Gewäch“ links liegen, jede Nationalitätenpolitik erschien ihnen „überflüssig“ und das Kommando lautete: Geradewegs auf die Revolution los! Jetzt rät Sinowjew den Sektoren, die Bedeutung der nationalen Frage nicht zu unterschätzen und die „fällige Revolution“ wurde von einer „Uebergangszeit“ abgelöst. Diktatur hieß das Ziel und „Tötung des Geistes der Sozialdemokratie“, jetzt lehren sie zu den Methoden der Sozialdemokratie zurück und nicht mehr Diktatur heißt das erste Lösungswort, sondern „Einheitsfront“ und „Arbeiterregierung“. Aber auch die „Arbeiterregierung“ wird bereits als abgegriffene Parole in die Kumpfkammer geworfen und durch das Schlagwort „Arbeiter- und Bauernregierung“ ersetzt. Das Objekt, die Masse, aber hat sich „führen“ zu lassen, hat den jeweiligen Erkenntnissen ihrer Feldherren Gefolgschaft zu leisten, mögen sich ihre Befehle auch von heute auf morgen zehnmal widersprechen. Die Herren Diktatoren in Moskau beschließen und die Masse als Objekt hat jeweils ihre Parolen mitzumachen, ihre „Artümen“ zu bezahlen. Das Spiel wird fortgesetzt, bis eines Tages die Masse die ihr zugemutete Rolle, als Manövierobjekt für die bolschewistischen Experimente zu dienen, satt bekommt und als handelndes Subjekt sich der Charlatane entledigt.

Die Devisengeschäfte des Herrn Stinnes.

Der Zusammenbruch, den die deutsche Mark in den letzten Wochen erlebt hat, brachte das Reich als solches und die Masse seiner Bewohner an den Rand des Abgrundes. Ein Staat, der sein Dasein dem Vernichtungswillen jähher und unerbittlicher Gegner Tag um Tag abringen muß, wird durch einen katastrophalen finanziellen Niedergang um den letzten Rest der Widerstandskraft gebracht und überdies vor die Gefahr innerer Stürme, Hungerrevolten und Lohnkrisen gestellt, die in einem einzigen Augenblick in den Bürgerkrieg ausarten können. Und eine Bevölkerung, die schauernd sehen muß, wie der Ertrag der heutigen Arbeit morgen kaum die Hälfte jener Ausgaben deckt, die ein knapp und mühsam genug aufgestelltes Haushaltsbudget eben noch leisten zu können glaubt, muß mit innerer Notwendigkeit zur Verweigerung gezwungen werden. Solchen Möglichkeiten gegenüber die Schuldigen des Währungszusammenbruchs festzustellen, ist eine sittliche Pflicht, die Schädlinge der Allgemeinheit gehören an den Pranger.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, dem diese Aufgabe obliegt und der sich ihr schon eine geraume Zeit hindurch unterzieht, hat von den einvernommenen Zeugen und Sachverständigen manches harte, wahre Wort über den hemmungslosen Egoismus der Besitzenden und über den von seinem moralischen Bedenken getriebenen Geschäftsmann jener Leute hören müssen, denen das Wort „Vaterland“ schier ununterbrochen auf den Lippen steht, die Anklage des Reichsbankpräsidenten Havenstein geltend noch jedem in den Ohren. Der vorgestrige Tag stellte endlich den geradezu mythischen Vertreter des Kapitalismus von heute, die Firma Hugo Stinnes, vor den Untersuchungsausschuß und als moralisch Verurteilte verließen die Sprecher des Untersuchungsausschußes das Haus.

Es ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokraten, den ungekrönten Herrscher Deutschlands vor die Schranken des parlamentarischen Gerichtes gefordert zu haben, indem sie gegen ihn die wohl begründete Beschuldigung erhoben, daß er durch gewaltige Devisenankäufe unmittelbar vor dem Scheitern der Stützungsaktion der Mark, am 12. April, diesen Mißerfolg eigentlich ausgelöst habe. Die Besondere Umstände, unter denen dies geschah, sind noch belastender als die Tatsache selbst. Die Firma versuchte sich nämlich Devisen im Werte von hunderttausend Pfund Sterling nach Schluß der Börse durch Umfrage bei verschiedenen Banken zu verschaffen, und trieb diesen tatsächlich schicksalhaft auf. Die Wirkung dieser Devisenankäufe auf dem freien Markt unter Ausschaltung der Reichsbank mußte, wie deren Vertreter ausdrücklich erklärte, ein Emporschwellen der fremden Valuten sein. Denn die Banken verkaufen, da die Reichsbank nach Börsenschluß nichts abhört, ihre Bestände an Stinnes natürlich teurer, ihre Nachfrage nach Devisen am nächsten Tag war größer, ja, sie deckten sich sogar über ihren eigenen Bedarf hinaus ein, um sich Reserven für weitere Geschäfte mit Stinnes anzulegen. Worauf es dem Staate vor allem ankam, die Sicherheit und Stabilität der Marke mußte dadurch erschüttert werden, die ganze so mühsam aufrecht erhaltene Stützungsaktion ins Wanken geraten.

Der Generaldirektor Winow und der Sohn des Gewaltigen, Hugo Stinnes junior, hielten es für gut, die Anklage, deren sachliche Voraussetzungen sie nicht ablehnen konnten, dadurch zu entkräften, daß sie sich der Kommission gegenüber bald eines schnodderigen, bald eines amüßigen Tones bedienten. Sie ergingen sich also in heftigen Angriffen auf die geringen Reste einer unabhängigen deutschen Presse, die das kind beim richtigen Namen und Herrn Stinnes einen Reichsverderber zu nennen wagen; sie „schützen es ab, Beluchungen“ über das Unheil „anzunehmen“, welches in so kritischen Tagen der freie Handel mit Devisen anrichten muß, zitierten einen Brief des Herrn Chefs an den Reichsfinanzminister, der wie die Kundgebung eines Politikers an seinen Zuhörer klinge, und wußten zu ihrer Rechtfertigung nur anzuführen, daß sie gelegentlich dem Reich die Verschüsse bis zu einer Höhe von 300.000 Pfund gewährt hätten. Das mag stimmen, trägt uns aber gar nicht, denn diese Verschüsse geschahen gewiß nicht den schönen Augen der Frau Germania, sondern den Profitten zu Liebe, welche die Firma Stinnes aus den kreditierten Kohlen herausgeschunden hat. Von der Größe dieser Profitte und von Art und Umfang der Geschäfte des Herrn Stinnes macht man sich einen ungefähren Begriff, wenn man hört, daß sein täglicher Mindestbedarf an Devisen rund

fünftausend Pfund ausmachte, daß er diese Gelder nicht nur für Kohle, sondern auch für den Import von Metallen, Säuren, Wolle, Margarine usw. brauche und daß sich sein gesamter inländischer Geschäftsverkehr in fremden Wäslungen abspiele, er und seine Klaffengenossen kaufen und verkaufen längst nicht mehr um deutsche Papiermark! So aber sind sie nicht, Papiermark als Rechen- und Kaufmittel überlassen sie den deutschen Arbeitern, die ihren letzten Tropfen Schweiß für diese wertlos gewordenen Papierfetzen hergeben müssen. Und des weiteren entdecken sie ihre Liebe zur Papiermark, sobald es sich darum handelt, an Reich, Länder und Gemeinden die Steuern abzuführen, die nach einem längst überholten Valutasatz berechnet sind, sonst aber, bei der eigenen Kaffe, schwören sie auf's Gold.

Wenn man den geradezu dramatischen Bericht über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, über die großen und kleinen Enthaltungen und über die nie abbrechende Kette von Schmutzereien und Niederträchtigkeiten liest, begreift man, weshalb Stinnes die öffentliche Meinung durch Ankauf der meistverbreiteten deutschen Wäslter in seine Hand gebracht hat. Das deutsche Volk darf nicht wissen, wie ein kleiner Künzgel von Menschen alles in seiner Gewalt hat, wie die primitivsten Bedürfnisse des Tages, Speise, Trank, Kleidung, Kohle, das Verkehrs- und Bankwesen, Fabriken, Gruben, kurz alles und jedes von wenigen Menschen geradezu monopolistisch verwaltet werden, denn sonst müßte eine allgemeine Empörung diese Wäslteroren Deutschlands fortjagen. Und nicht nur verhalten, auch positiv wirken muß die Stinnespresse. Sie hat den Geistern die Gedankengänge des Sozialismus ferngehalten und sie auf Ideen und politische Meinungen abzurichten, die diese monströsen Ausbeutungen der kapitalistischen Wirtschaft ganz in der Ordnung finden. Die Verengung der Seelen auf Nationalismus, Hakenkreuz, Gewalt und Rache ist die unumgänglich nötige, nur durch eine reißlose Arbeit der Stinnespresse erreichbare Voraussetzung des Stinnesischen Systems, es steht und fällt mit dem Geschäftserfolg des „Deutschums“, der in denselben Zeitläuften betrieben wird, wo sein Impresario Stinnes des deutschen Volkes und Staates letzte Kräfte planmäßig lahmlegt.

Inland.

Das Verbot der Verurteilung im Spiegel der tschechischen Presse.

Der vom Wahlgericht gefällte Rechtspruch auf Aberkennung der Mandate der ausgeschlossenen Abgeordneten der tschechischen Sozialistenpartei hat in tschechischen Wäslterwald ein lebhaftes Echo gefunden. Die Aufnahme des Urteils ist natürlich eine zweifelhafte. Die oppositionelle Presse verurteilt den Wahrspruch des Staatsgerichtshofs, der offensichtlich unter politischem Einfluß gehandelt hat, in scharfer Weise.

Das Blatt „Pravda“, der „Socialista“ erklärt, vom Urteil nicht überrascht gewesen zu sein. Er sagt: Bereits gestern früh war uns das Urteil bekannt, wir wußten, daß die Abgeordneten der Mandate verlustig erklärt werden. Einem Mitglied unserer Redaktion wurde mitgeteilt, daß Dr. Pantucek die Urteilsbegründung bereits fertiggestellt hat. Sieben Mitglieder des Wahlgerichtshofs seien ihm näher. Das haben wir gestern früh dem Rechtsvertreter unserer Abgeordneten dem Abg. Dr. Bartosek mitgeteilt. Das Urteil können wir nicht kritisieren, da wir weder das Recht noch die Macht. Das „Pravo“ behandelt den Fall Verbenstky auf seiner ganzen Seite und faßt seine Meinung wie folgt zusammen: „Die gestrige Entscheidung des Wahlgerichtshofs zeigt, wie tief die tschechisch-slowakische Demokratie

gesunken ist und wohin es mit der tschechisch-slowakischen Verfassung gekommen ist. Legen alle die Mandate nieder, löst das Abgeordnetenhaus auf, schreibt Remouables aus, es mögen sich klar die Positionen der Parteien zeigen.“ Die „Ceskoslovenske Noviny“ überschreiben ihre Erwägungen: „Die Koalition hat gesiegt, das Recht hat verloren“ und sagen: „Der Abgeordnete und Senator ist also nur eine mechanische Maschine. Wenn die Wähler mit der Meinung ihres Volkvertreter übereinstimmen, so hilft das auch nichts. Am gestrigen Tage haben wir einen weiteren Schritt zur Diktatur gemacht, die Finanzausschüsse wurden gebildet, sie haben jenen festen Boden unter den Füßen. Was anderswo ein Diktator tut, besorgen bei uns fünf Diktatoren. Aus der Wäslerschaft wird eine Schafferei, die einmal in sechs Jahren wählen geht und die nicht nurren darf, wenn sie auf Abwege geführt wird. Die Abgeordneten müssen nun, was ihnen von den verschiedenen Konventionen diktiert wird.“

Die sozialisierte Presse merkt, daß der Koalition durch das Urteil keineswegs geboten wurde und gibt ihrer Freude in sehr gedämpften Maße Ausdruck. Eine geradezu gelungene „Logik“ entwickelt das „Ceske Slovo“: „Wenn ihre (der Ausschließenen) Mandate anerkannt worden wären, wäre es nicht nur mit der Koalition aus, sondern überhaupt mit der Majorität zu Ende und es würde ein Chaos entstehen, in dem das öffentliche Leben mit den Grundfragen der Demokratie ertrinken würden. . . . Es würden überflüssige Parteien entstehen (!) . . . In England bestehen nur vier Parteien. . . . Das Urteil ist im Sinne des Gesetzes und der öffentlichen Moral das einzig mögliche.“ Also weil es mit der Koalition aus wäre, und weil die Demokratie — lies: Die Kräfte mit Schrammel und Kramarsch, diesen „Säulen“ der Demokratie — „ertrinken“ würde, deshalb mußte Verbenstky des Mandates entledigt werden. Ein wertvolles Geständnis, das man der Koalition noch oft entgegenhalten wird. Der Logik des „Ceske Slovo“ schließt sich die Logik des „Pravo Lidu“ in bekannter Weise an. Verbenstky habe aufgehört, staatsbildend zu sein, deswegen müsse er das Mandat verlieren. Er habe unmoralisch gehandelt und dafür eine moralische Lektion erhalten. Wir meinen, es verhält sich anders: Verbenstky handelte moralisch, die Lektion des Wahlgerichtshofs ist unmoralisch. Auch sämtliche anderen Koalitionsblätter haben den Moralbegriff aus ihren verstaubten Regalen gezogen und damit lächerlichen Staub aufgewirbelt.

Die slowakischen Volksparteier beharren auf der Autonomie. In der letzten Zeit gingen wiederholt Gerüchte durch die tschechische Presse, die von einer Aenderung der Taktik der slowakischen Volkspartei im koalitionsfreundlichen Sinne sprachen. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens war, beweist die am 21. Juni stattgefundenen Sitzung der Abgeordneten und Senatoren der slowakischen Volkspartei. Der Klub beschloß eine Kundgebung, mit welcher er seinen bereits der Nationalversammlung unterbreiteten Antrag auf Autonomie für die Slowakei urgieren, womit er den Wünschen der amerikanischen Autonomisten betreffend die Einverleibung des Pittsburger Abkommens in die Verfassung der tschechisch-slowakischen Republik entspreche. Der Klub bemängelt die Bezeichnung „tschechisch-slowakisch“ statt „tschechisch-slowakisch“, ferner die Befehung der Kräfte, die größere Steuerlast der Slowakei, die besseren Zustände der Industrie in den böhmischen Ländern. Der Klub stellt fest, das Slowakische habe in der Schule nicht einmal soviel Rechte wie bei den Minderheiten, die Slowaken besäßen keine Universität und keine Theater. Hierzu bemerken die „Lidove Noviny“, daß diese Kundgebung ein Kompromiß darstelle zwischen den „slowakisch-bewußten“ Teilen der Volkspartei und den Separatisten, deren politischer Führer Professor Trnka sei.

Übergläubigkeit am Johannistag.

Von Alpha Omega.

Am 24. Juni, dem Festtag zu Ehren Johannes des Täufers, werden heute, wenn auch in immer abnehmendem Maße, die frommen Bräude genötigt, die unsere heidnischen Vorfahren zur Sonnenwende gepflegt haben; astronomisch tritt sie schon am 21. Juni ein, aber für die Bauern sieht die Sonne am Johannistag am höchsten und wendet sich dann abwärts. Der Übergläubigkeit ist der gleiche wie früher. In dieser Zeit, wo sich die Macht der Sonne immer deutlicher im Reichen der Frucht zeigt, wo die Saat von Gewitter und Hagel bedroht ist, in dieser geheimnisvollen Zeit, glauben unsere christlichen Bauern Lust und Erde ebenso von bösen Geistern erfüllt, wie die heidnischen Wäslter und was sie dagegen vorsehen, ist, wenn auch zum Teil im christlichen Gewande, nichts anderes, als was das Heidentum machte. Es sind Bräude zum Saug und zur Abwehr der Dämonen, die in der heißen Luft, im Wasser, im wogenden Seesalz, auf den Fruchtbaum lauern. Durch ihre Abwehr wird Fruchtbarkeit der Acker und Bäume und Gesundheit vom Vieh, was die Hauptsache ist, und auch von Menschen erzielt.

Schon am Vorabend des Johannistages werden „Johannisblumen“ (Arnica montana) gesammelt und ein Strauß davon unter das Dach oder hinter Kreuzig und Heiligenbilder gesteckt, damit der Blitz nicht einschlage. Auch Besuch wird an diesem Abend gepflegt und auf den Kopf gelegt — dann bekommt man während des

Jahres weder Augen- noch Kopfschmerz; wäscht man mit einer Abkochung eine Kuh, die infolge Beherrung keine Milch gibt, so wird sie dadurch heil. Räuchert man an diesem Abend die Fruchtbaum mit Duendel (Thymus serpyllum), dann gedeihen sie gut. Im Niesengebüsch schmückt man, um alle Zauberei fernzuhalten, das ganze Haus samt Stallung mit Liebstöckel, Hauswurz und Johannistagsblumen, auch unter dem Tisch müssen solche Blumen liegen und jedes Familienmitglied steckt eine Hauswurz in den Tragbeutel oder dem Tisch; das ist gleichzeitig ein Draht: Wessens Hauswurz verdorrt, der stirbt im selben Jahr. Die Blüten des Hollunders sind, wenn sie an diesem Abend gesammelt werden, besonders heilsam. Wilddiele pflücken sich am Vorabend Eisenkraut und Stabwurz — dabei müssen sie sich nackt ausziehen — und loden sie in Essig. Spülen sie damit die Hirne aus, trifft jeder Spülen. In dieser Nacht blüht das Kornkraut goldenen Blüten, die wie Feuer funkeln; wer sich nicht fürchtet und sie sammelt, hat den Zäpfel in allen verborgenen Schätzen. Auch Liebeszauber kann in dieser Nacht ausgeübt werden: man pflückt Silberkraut, mischt es mit einem Ei und baht es mit Butter heraus; ist das geliebte Mädchen davon auch nur einen Bissen, dann läuft es von selbst dem Wäslter nach. Die Mädchen wieder können in der Johannistagsnacht, wo eben die Lust voll Geister und Wunder ist, ihren Zukünftigen im Wasserpiegel sehen oder sie brauchen gar nur während des Feierabendlächens mit der rechten Hand einen grünen Kranz winden und nachts unter den Stoppfoster legen; dann erscheint er im Traume.

Die Ähnlichkeit mit der Walpurgisnacht und

Alima auf Urlaub. An dem Fall Schlenker hat sich der Maschauer Polizeipasha Alima seine Zähne ausgebissen. Der schon zu Zeiten Oesterreichs durch die Schwihaffäre bekannte und in der tschechisch-slowakischen Republik durch seine Dufarenstücken berüchtigte Polizeidirektor ist nun doch gezwungen, auf einen dreimonatigen Urlaub zu gehen. Von diesem Urlaub soll er nicht mehr zurückkehren.

Vom Finanzausschuß der Selbstverwaltungskörper. Aus Tepitz wird uns telephoniert: Der Finanzausschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechisch-slowakischen Republik hielt heute seine erste Sitzung ab, die sich unter anderem mit dem Umfassungsgesetz, mit den Rückwirkungen der Erwerbssteuererhöhungen und mit dem Entwurf eines Gesetzes über die allgemeine Erwerbssteuer befaßte und die nötigen Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Selbstverwaltungskörper traf. Ferner lag das an die Bezirks- und Gemeindevertretungen Böhmens gerichtete Rundschreiben der „Ceska Banka“ betreffend die Gewährung von Darlehen zur Zeichnung der vierten Staatsanleihe vor. Da der Kriegsanleihebesitz der deutschen Selbstverwaltungskörper zum großen Teil lombardiert ist, gelangt der Ausschuß zur einheitlichen Anschauung, daß der Inhalt des Rundschreibens zu allgemein gehalten und zu wenig substantiell ist, als daß auf dieser Grundlage allein eine Entscheidung über die Annahme oder Nichtannahme des Angebotes der Banken möglich wäre. Der Ausschuß wird in der nächsten Woche auf Grundlage des Ergebnisses der inzwischen eingeleiteten Ermittlungen die Angelegenheit neuerlich beraten und ersucht die Verbandsmitglieder um Mitteilungen.

Ausland.

„Reinheiten der italienischen Wahlreform“.

Der Wahlreformausschuß hat mit zehn gegen acht Stimmen das Prinzip der relativen Mehrheit angenommen, d. h. der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, gilt als gewählt, auch wenn er, was bei großer Stimmenzerstreuung möglich ist, nur einen unbedeutlichen Bruchteil aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat. Dagegen stimmten die Popularen, die Sozialisten und die Republikaner.

Einige weitere „Reinheiten“ betreffen die Aufstellung der Kandidatenliste. Diese muß den genauen Vor- und Zunamen, die Vaterschaft, den Geburtsort der Kandidaten und nicht mehr als fünf Nachnamen und nicht weniger als ein Drittel der Anzahl der Abgeordneten enthalten, welche durch die gesetzlichen Bestimmungen einem jeden Wahlkreis zugewiesen werden; sie müssen ferner von wenigstens 1000 und nicht mehr als 1500 in die Wählerliste des Wahlkreises eingetragenen Wählern vorgelegt werden. Die Kandidatur muß mit einer gefertigten und vom Bürgermeister einer Gemeinde des Wahlkreises oder von einem Notar beglaubigten Erklärung angenommen werden. Der Kandidatenliste muß der Geburtschein eines jeden Kandidaten beigegeben sein. Ein und derselbe Kandidat darf auf keinen Fall auf Listen enthalten sein, welche verschiedene Kennzeichen aufweisen, doch kann er in Listen mit gleichen Kennzeichen, aber in nicht mehr als zwei Wahlkreisen erscheinen. Nach Art. 53 müssen die Kandidatenlisten für jeden Wahlkreis dem Appellgerichtshof spätestens um 4 Uhr nachmittags des 20. Tages nach der Verlautbarung in der „Gazzetta Ufficiale“ für die Durchführung der Wahlen vorgelegt werden und mit ihnen gleichzeitig die Aufnahmserklärungen der Kandidaten und die gefertigten Erklärungen der vorgeschriebenen Anzahl der Wähler. Die Aufstellung der Kandidaten muß in zwei Regionalwahlkreisen erfolgen.

Was wird mit all diesen Unsiändlichkeiten und Formalitäten bezweckt? In erster Linie selbstverständlich die kleinen Parteien und Wählergruppen überhaupt an der Aufstellung einer eigenen Liste zu hindern. Die Verbringung der unterschriebenen Erklärung für eine bestimmte Liste ist aber auch zugleich eine nicht mißzuverstehende Kontrolle eines ganz ansehnlichen Teiles der Wäslerschaft, denn die Sammlung von „nicht weniger als 1000 und nicht mehr als 1500 Unterschriften“ wirkt wie eine schwarze Liste und bedeutet in praxi die Aufhebung des Wahlgheimnisses für die Unterzeichner. Die Forderung, daß die Liste in zwei Wahlkreisen aufgestellt sein muß, schaltet namentlich nationale Wäslterheiten wie die Deutschen Südtirols aus, und falls unsere deutschen Genossen nicht instande sein sollten, sich mit den vorläufig zerstückelten italienischen Arbeiterparteien auf eine gemeinsame Liste zu einigen, müßten sie direkt Wahlenthaltung üben. Die gehäuften Raffinements bestätigen die Ueberzeugung, die wir vor die erste Meldung über Mussolinis Wahlreformpläne setzten: „Das schändlichste Wahlrecht der Weltgeschichte.“

Die bayerische Regierung und der Verbot der Hakenkreuzer.

Die bayerische Regierung wird demnächst Gelegenheit bekommen, sich amtlich über den Fuchs-Machau-Stand zu äußern, denn der Hochverratsprozeß wird in den nächsten Tagen den bayerischen Landtag beschäftigen. Anlaß dazu hat die Sozialdemokratische Fraktion gegeben. Sie hat eine Interpellation eingebracht, die u. a. folgendes besagt: „Was bedeutet die Staatsregierung zu tun, um solchen verräterischen, gegen die Einheit des Reiches gerichteten Bestrebungen in Bayern wirksam zu begegnen?“ — Zur Begründung wird folgendes gesagt: „Die im Prozeß Fuchs und Genossen festgestellten Tatsachen haben bewiesen, daß ohne zureichendes Eingreifen der Staatsbehörden hochverräterische Unternehmungen im französischen Interesse gefördert werden konnten.“ Wie die Regierung über die Sache denkt, geht aus der Tatsache hervor, daß unser Parteiblatt in Aschaffenburg wegen eines dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ entnommenen Artikels über die Untriebe des „Reichs-Wehrklub Hofbad“ in Magdeburg bis einschließlich 2. Juli verboten worden ist. Der das Verbot erlassende Staatskommissar, Oberregierungsrat Groß, hat vor kurzer Zeit eine Feldübung der Nationalsozialisten in Mespelbrunn inspiziert. Am 23. Juni findet in Aschaffenburg eine Nahweiche des Bundes „Oberland“ statt, der den bekannten vaterländischen Kampfbund angehört. Die Aschaffener Arbeitererschaft ist der Auffassung, daß das Verbot erfolgte, damit das Blatt über die Vorbereitungen und den Verlauf dieses Festaktes, der zu einer großen völkischen Kundgebung werden soll, nichts berichten könne. Die Regierung leidet also den Leuten, die hinter Fuchs und Munk stehen, weiter Hilfe und Schutz. Ihre Antwort im bayerischen Landtag wird also einer großen Augenwischerei gleichkommen.

Schlageter der Edelenteufel.

Der von den Franzosen durch einen groben Rechtsbruch um sein Leben gebrachte Schlageter ist bekanntlich, wie die jüngsten Verhandlungen des preussischen Landtages enthielten, von seinen eigenen feilen Gesinnungsgenossen, die den Herzbruder um Geld zu verraten instande sind, den Feinden ausgeliefert worden — aber er selbst war, wie sich immer mehr herausstellt, nicht im geringsten von besserer Gesinnung als seine jetzt verhafteten Verräter. Das beweist insbesondere folgende Aufschrift eines Danziger Genossen, die sich auf äußerst zuverlässige Angaben stützt: Schlageter hat sich vor dem Beginn des Ruhrabenteuers mehrere Monate auch in Danzig aufgehalten, das seines deutschen Reaktionären neben Wünschen als deutsche „Ordnungszelle“ angesehen wird. Schlageter war

anderen „heiligen Nächten“ ist offenkundig. In diesen Zeiten ist Lust und Erde voll Geister; in Norwegen gilt auch der Johannistag neben dem Weihnachtsabend als der eigentliche Hexentag und ebenso ist es im nördlichen Böhmen. Kein Wunder, daß auch die Austreibung der bösen Geister auf dieselbe Weise geschieht: durch Ausräuchern, da dem Feuer reinigende Kraft zugeschrieben wurde. Das taten schon die heidnischen Griechen auf dem Doppelgipfel des Parnassos, das taten schon die Druiden, die Priester der alten Kelten, die bei jeder Sonnenwende unter religiösen Gesängen Scheiterhaufen anzündeten und das Vieh hindurchtrieben, während die Männer und Frauen über die Scheiter sprangen und Tänze aufführten oder Fackelbrände schwingend, die Felder und Weiden umliefen. So macht auch jetzt noch in vielen Gegenden der christliche Bauer am Vorabend vor Johannes auf seinem Getreidefeld ein Feuer an, streut Weihrauch von der Christnacht darauf, legt Weihholz vom Palmsonntag dazu und grünes Reisig und feuchtes Moos, damit dichter Rauch entstehe, der über die Kornfelder und Obstbäume streicht, die Wolken unschädlich macht, die Hexen verjagt; liest er gar dazu das Johannesangelium, dann wird der Weizen sicherlich nicht brandig. . . . So weit die Flamme leuchtet, so weit wird die Gegend fruchtbar und da das Feuer das reinigende Element ist, das alle Sbrechen wegnimmt, übt es diese seine Heilwirkung auf alles aus, was mit ihm in Berührung kommt. Deshalb springen die Burden und Mädchen über das Feuer, um gesund und liebesfähig zu bleiben — noch heute heißt es, daß aus dem Paar, das übers Feuer springt, ein Ehepaar wird und wer sich beim Sprung nicht verfehlt,

bleibt das Jahr hindurch von Fieber frei. Deshalb treibt man jetzt in manchen Gegenden das Vieh darüber. Kohle von diesem alten „Rostfeuer“ schützt das Haus vor Brand (was nicht selten dazu geführt hat, daß man glühende Kohle unter das Dach legte und das Haus straks anzündete, was aber der Wunderkraft des heiligen Johannes in den Augen der Gläubigen nicht weiter geschadet hat). Diese Kohle gibt man auch dem Vieh bei Krankheiten ein und die Asche schützt noch gegen Läuse.

Mit Fackeln, die aus alten Haus- und Stallbesen — diesem beliebten Stroh der Hexen — verfertigt oder von dem Sonnenwendfeuer genommen wurden, laufen die jungen Leute herum und schwingen sie, sie verschrecken so die Hexen und andere Dämonen, die der Saat oder dem Vieh verderblich sein könnten, und öffnen dadurch dem Wohlstand die Tür. Oder man läßt Wagenräder, die mit Öl- oder petrogetränktem Berg umwickelt sind, vom Berg ins Tal hinabrollen, ein Symbol des Sonnenwendes vielleicht oder des Abwärtsstehens der Sonne von diesem Tage an, jedenfalls aber ein Mittel, die Hexen zu verschrecken. Und die Menschen tanzen und springen so hoch als möglich, denn so hoch man springt, so hoch wächst das Getreide oder der Flachs. . . .

Ursprünglich war auch diese Sonnenwender ein gemeinsames Opfer, das in rauheren Gegenden, wie im slawischen Osten, den Sommerbeginn und den Austrieb des Viehs einleitete. Darauf deutet noch hin, daß bis vor kurzer Zeit noch in Westdeutschland ein „Johannisessen“, ein gemeinsames Mahl stattfand und daß in manchen Gegenden um die geschmückte „Johanniskrone“, eine Art

von den deutschen Geheimverbänden zu irgend welchem Zweck nach Danzig entsandt worden. Hier führte er daselbst ein nichtstückerisches Leben wie die Garden-Attentäter, d. h. er trieb sich wochenlang täglich in Bars, Dieben und Kaffees herum. Als seine Geldmittel infolge des kostspieligen Schlemmerlebens zur Neige gingen, versuchte er bei amtlichen deutschen Stellen, unter Hinweis auf seine „nationale Betätigung“ weitere Geldmittel flüssig zu machen. Dies scheint ihm nicht in genügender Weise gelungen zu sein; denn er trat bald darauf zu der polnischen Spionage-Agentur in Danzig in nähere Beziehungen. Als intimer Bekannter des polnischen Oberfeldwebels in Danzig verkehrte er mit diesem öffentlich in Danziger Gaststätten. Der Nachweis ist erbracht, daß Schlageter den Polen deutsche Geheimdokumente verkauft hat. Ob es sich hierbei um echte

Dokumente oder um Fälschungen handelte, entzieht sich unserer Kenntnis. Gefälschte Dokumente können unter Umständen für das deutsche Volk aber noch schlimmere Folgen haben als echte Geheimdokumente. Die polnische Spionage-Agentur war auf jeden Fall mit der Tätigkeit Schlageters höchst zufrieden. Abgesehen von den politischen schweren Folgen, die dem deutschen Volk aus dieser Tätigkeit Schlageters erwachsen sind, ist auch dieser Fall für die Charakterlosigkeit der deutsch-völkischen Helden, denen Feindesgeld über Vaterlandsinteressen geht, kennzeichnend. Diese Feststellungen werden unsere Deutschnationalen selbstverständlich nicht davon abhalten, weiterhin für Schlageter Propaganda zu machen und den Spion Schlageter als Nationalhelden zu empfehlen. Denn das Salatenkreuz steht in ihrem Augen jede Schande und Niedertracht zu.

lassen, daß er, B., inzwischen in der Kanzlei des Anwalts warten werde. Brods Anwalt erklärte dem Direktor Popper die Sachlage und machte ihm Vorstellungen, Brod, der völlig den Kopf verloren hatte, nicht zum Neukerker zu treiben; es sei Gefahr vorhanden, daß sich Brod erschließen werde.

Herr Direktor Popper

erwiderte darauf: „Er soll sich halt erschließen; ich kann ihn daran nicht hindern.“

Für das Schicksal seines Beamten, für das Leben eines Menschen hat also der famose Bankdirektor nichts übrig; ihn interessiert nur, ob der Anwalt Brods die Strafanzeige machen werde. Dieses Interesse des Herrn Direktor Popper nimmt nicht wunder: Rosenbaum und Konforten sind ja feinesgleichen und die Öffentlichkeit soll ja nicht erfahren, daß die Bankmagnaten um Hunderttausende hazardierten, daß sie ihre Valutagewinne vermehren, indem sie jungen Burtschen in zwei Nächten eine halbe Million abnehmen!

Die Strafanzeige gegen Rosenbaum und Spiegelstein wäre dem Herrn Direktor Popper unangenehm gewesen; sie wollte er vor den Folgen ihrer Handlungen geschützt wissen. Brod aber, der von ihnen zum Spiel animiert wurde, genoh nunmehr, nach den Erklärungen Poppers sein Vertrauen mehr. Seine Existenz, sein Leben waren dem Herrn Popper gleichgültig. Und dem wird es denn auch nicht unbehagen sein, als er kurz darauf erfuhr, daß Brod während der Unterredung seines Anwalts mit dem

Erst jetzt erstattete der Anwalt Brods die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen alle Hazarddeure und gegen ihren Rechtsanwalt.

Man braucht der Schilderung dieses Sachverhalts nicht viel hinzuzufügen. Ein Menschenleben ist gefallen als Opfer eigener und fremder Schuld, als Opfer der Spielwut. Hätte Brod nicht Hand an sich gelegt, so hätte die Öffentlichkeit vielleicht nie etwas von diesen „Stützen der Gesellschaft“ erfahren, die in Amt und Würden Hunderttausende ergatterten und wieder aufs Spiel setzten, die sich nicht scheuen, einem jungen Manne seine allerdings leicht verdienten Vierelmillionen abzunehmen, ihn nachher aber lieber untergehen zu lassen, als daß sie es zulassen würden, mit ihren zweifelhaften Namen für ihre Handlungen offen einzutreten. Und all dies angesichts der eintretenden Not des arbeitenden Volkes, das im wahren Sinne des Wortes den Todeskampf um das Stückchen Brot kämpft, während ein Häuflein nichtswürdiger Kreaturen an der Börse und beim Vaccarat Riesenermögen erspielt!

Tages-Neuigkeiten.

Der kalte Juni.

Nach den Temperaturaufzeichnungen am Prager Mementinum waren von den bisherigen 22 Junitagen nur zwei (der 10. und 11.) etwas warm; die Temperatur der übrigen blieb durchwegs unter ihrem vielfährigen Durchschnittswert (Normalwert) zurück. Eilf Tage waren um mehr als 7 Grad Celsius zu kalt. Die bisherigen 22 Junitage zusammen genommen haben eine mittlere Abweichung von -4,4 Grad Celsius von ihrer Normaltemperatur. Um den Wärmeausfall wettzumachen, müßten die restlichen 8 Tage einen durchschnittlichen Temperaturüberschuß von 12,1 Grad Celsius aufbringen. Selbst wenn in der aller nächsten Zeit wärmeres Wetter eintreten sollte, so ist doch nicht damit zu rechnen, daß die restlichen 8 Junitage im Mittel auch nur um 6 Grad zu warm sein werden. Damit ist es nahe zu sicher, daß der heutige Juni um mehr als 1,5 Grad C. zu kalt sein wird. In den letzten 148 Jahren gab es in Prag nur 16 Jahre, in denen das Temperaturdefizit mindestens 1,5 Grad C. betrug. Es ist nach dem eingangs Erwähnten wahrscheinlich, daß der heutige Juni um mindestens 3 Grad C. zu kalt sein wird. Ähnlich sehr kalten Juni hatten, wenn wir in der Prager Witterungschronik zurückgehen, die Jahre 1884 (Abweichung -3,1 Grad), 1871 (-3,0 Grad), 1821 (-2,8 Grad), 1795 (-2,5 Grad). Die absolute Tiefsttemperatur trat heuer mit 6,5 Grad C. am 16. Juni ein. In der Reihe der letzten 84 Jahre hat nach dem 16. Juni nur das Jahr 1882 eine noch tiefere Temperatur (6,0 Grad C. am 18. Juni 1882). Gleich tiefe oder noch tiefere Temperaturen während der ersten 14 Junitage hatten die Jahre 1918 (6,0 Grad am 5.), 1887 (6,5 Grad am 1.), 1181 (6,5 Grad am 10.), 1874 (5,5 Grad am 14.), 1871 (6,4 Grad am 3.), 1860 (5,4 Grad am 1.) und 1841 (5,9 Grad am 8.). Im Jahre 1921 fiel die Temperatur am 22. Juni bis auf 6,6 Grad C.

Sucht man in der Prager Temperaturstatistik nach einer Beziehung zwischen sehr kalten Junimonaten (Mindestabweichung -1,6 Grad C.) den vorhergegangenen Wintertemperaturen und den nachfolgenden Junitemperaturen, so bleiben von den erwähnten 16 Jahren nur 9 übrig, an denen der vorangegangene Mai — wie heuer — eine übernormale Temperatur hatte. Die Abweichung der Wintertemperatur von der normalen betrug nämlich heuer +0,8 Grad Celsius. Es zeigt sich: ging in Prag einem sehr kalten Juni ein zu warmer Mai voraus, so folgte in 5 von 9 Fällen ein zu kalter, in 4 Fällen ein zu warmer Juli. Der Versuch einer Temperaturprognose für den Juli führt also nach der Statistik der genannten drei Monate, wenn man den Juni zum Ausgang nimmt, für Prag zu

einem unentschiedenen Resultat. Erwähnt sei noch, daß der Maiabweichung nach unter den erwähnten 9 Fällen das Jahr 1820 mit +0,9 Grad C. dem heurigen (+0,8 Grad) am ähnlichsten war; auf den sehr kalten Juni jenes Jahres (Abweichung -2,1 Grad C.) folgte ein um 1,4 Grad zu kalter Juli.

(Staatsanstalt für Meteorologie.)

Der Papst und die Ruhrbewohner. Die „Arbeiterzeitung“ schreibt: Die Katholiken des Ruhrgebietes haben sich vertrauensvoll an das Oberhaupt der katholischen Christenheit gewendet und den Papst gebeten, er möge durch sein Einschreiten ihr Leiden beenden und die gefährdete Annexion des Ruhrgebietes durch Frankreich verhindern. In diesem Schritt hat die frommen Leute vermutlich nicht nur die hohe Meinung verlangt, die sie vom Staatshalter Christi, vom unerschütterlichen Schiedsrichter zwischen den christlichen Völkern, haben, sondern auch wohl die Erinnerung an den Anteil, den der „Heilige Stuhl“ an der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien hatte, einen Anteil, der durch das „Telegramm Rütters“ allgemein bekannt geworden ist. Wie sollte sich der Papst der unschuldigen Opfer eines Krieges nicht annehmen, den sein Vorgänger gewünscht, seine Bischöfe gesegnet hatten? Ein Papst zumal, den die deutsche kirchliche Presse bei seiner Wahl als besonderen Freund des deutschen Volkes gepriesen hatte! Aber die Katholiken des Ruhrgebietes haben nicht daran gedacht, daß der Papst soeben mit der französischen Regierung wegen des Abschlusses eines Kontrats verhandelt und daß die Regierung des Nationalen Bloks gerade daran ist, die geistlichen Kongregationen nach Frankreich zurückzuführen. Sonst wären die Gläubigen des Ruhrgebietes nicht davon überrascht, daß der Papst ihnen die kalte Schulter zeigt und ihre Bitte, die Gefahr der Annexion von ihnen abzuwenden, mit der spöttischen Bemerkung abtut: „Die Gläubigen sind keineswegs in Gefahr, weil sie ihren Paß wechseln müssen.“ Was liegt dem Mann in Rom daran, wenn die Bewohner des Rheinlandes unter die Fremdherrschaft gezwungen werden? Sie werden sich halt, wenn sie nach Rom pilgern werden, um dem Papst den Peterspfennig zu überbringen, ihre Pässe nicht von einer deutschen, sondern von einer französischen Behörde ausstellen lassen. Da ist doch wirklich nichts dabei. „Die katholische Religion“, sagt der Papst, „kennt keine geographischen Grenzen.“ Diese Vertreter der katholischen Kirche kennen nur eines: ihr Geschäft.

Das Mandat Baerans vor dem Wahlgericht. Western vormittags hatte das Wahlgericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Sacha über den vom Präsidium des Abgeordnetenhauses eingebrachten Antrag auf Aberkennung des Mandates des Abg. Baeran zu entscheiden. Für Baeran war zur Verhandlung sein Vertreter erschienen. Nach Erstattung des Referates durch Dr. Blasa flog sich das Wahlgericht zur Beratung zurück und fielte kurz darauf die Entscheidung, daß Baeran des Mandates verlustig erklärt wird. An seine Stelle in der Mandatsnachfolge tritt der Müller Franz Sienzl aus Böhmischn-Trübau. Da für Baeran kein Vertreter erschienen war, sah das Wahlgericht von einer Begründung seiner Entscheidung ab und wird diese auf schriftlichem Wege bekanntgeben.

Studienurlaub für das Schuljahr 1923-24. Wie das Ministerium für nationale Verteidigung verlautbart, kann denjenigen Studenten, denen der Studienurlaub bis zum 1. Oktober 1923 verlängert wurde, eine Verlängerung des Urlaubes bis zum 1. Oktober 1924 bewilligt werden, falls sie eine Bestätigung über ihre Insription in das Sommer- oder Wintersemester und eine Bestätigung über die Insription des letzten Semesters vorlegen, und falls sie das Alter von 28 Jahren nicht überschritten haben. Die Gesuche um Bewilligung der Verlängerung des Studienurlaubes müssen längstens bis Ende Juli 1923 bei den zuständigen Militärernährungsbezirkskommanden eingebracht werden. Die Bestätigung über die Insription im kommenden Wintersemester muß nachträglich, jedoch spätestens bis zum 20. November 1923, eingebracht werden. Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, wird zur Präsenzleistung einberufen werden.

Hochverratschneiferei auch in England. Wie aus London gemeldet wird, wurde am Freitag abend in den Räumen der Redaktion des Arbeiterblattes „Daily Herald“ von der politischen Polizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei welcher die Polizei feststellen wollte, woher das Blatt die Photographie des neuen englischen Unterseebootes X I habe, die es in seiner Mittwochnummer zur Veröffentlichung brachte. Während der etwa eine Stunde dauernden Hausdurchsuchung wurden alle Ausgänge des Hauses, in dem sich die Redaktion befindet, abgesperrt und bewacht, so daß niemand das Haus verlassen konnte. Die gesuchte Photographie wurde gefunden und versiel mit allen noch vorrätigen Nummern der Mittwochausgabe des Blattes der Beschlagnahme. Wie verlautet, soll auf Grund des Geseges zum Schutze des militärischen Geheimnisses gegen das Blatt die Klage erhoben werden, da dieses durch den Abdruck der Photographie dem Ausland ein Dokument über die Landesverteidigung mitgeteilt habe.

Der blutdürstige österreichische Heeresminister. Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ hat der österreichische Heeresminister Fugonin an alle Brigadeführer ein Rundschreiben geschrieben, in dem es unter anderem heißt:

In jüngster Zeit haben sich in verschiedenen Orten Vorfälle ereignet, bei denen ansägrichte Truppen des Bundesheeres von einer mehr

Stücken der Prager Gesellschaft.

Der Selbstmord des Bankbeamten Brod. — Aus dem Sumpf der Bankmagnaten, Devisenspekulanten, Hazarddeure und Schieber.

Während das Proletariat in immer tieferes Elend versinkt, während die Arbeitslosen das letzte Möbelsstück verkaufen, um ihr Hundeleben wieder ein paar Tage mit Brot und Suppe zu fristen, während von den Verzweifeltsten so mancher um die Ecke geht, der beim besten Willen seine Arbeit findet und seinen Hunger nicht stillen kann, erwerben die anderen, die Auserwählten dieser Gesellschaft, mühe- und arbeitslos Hunderttausende und Millionen, prassen und schwelgen, wissen vor Uebermut, Ueberfluß und Langeweile gar nicht mehr, was sie mit ihrem vielen Gelde anfangen sollen und vergenden es, so leicht, wie sie es gewonnen, bei Wein und Weibern, bei luxuriösen Sport und bei Hazardspielen. In den Klubesseln ihrer prächtigen Wohnungen, beim Telephon ihrer Kontors „verdienen“ sie, ohne den Finger zu rühren, Riesenerträge am Steigen und Fallen der Devisen und Valuten — auf Kosten der Arbeiterschaft. Nichts anderes bewegt sie mehr als Geld und Geld, Schieber- und Spekulantengewinn. Auf einen Hunderttausender ab oder auf kommt es ihnen wenig an; was sie nachmittags an der Börse verdienen, suchen sie abends in Hazardspiel zu mehr, und geht der Gewinn zum Teufel, so scheidet sie das wenig — am nächsten Tage melten sie dann unso eifriger die Kuh, die sie alle mit Butter versorgt: zu der Börse lacht ihnen jeden Tag neuer Gewinn.

Herr Otto Brod, von dem der Prager Polizeibericht am 12. Juni meldete, daß er „wegen finanzieller Verluste Selbstmord begangen hat“, sah an der Quelle. Er war Bankbeamter im bekannten Prager Haus Petschel und handelte Devisen. Gar mancher arme Bankbeamte wird, die weil das Groß seiner Berufskollegen immer mehr der Proletarisierung anheimfällt, vom Tadel des Schiebens und Raubens seiner Umgebung erfaßt und greift in der geld- und blutstinkenden Luft der Banken und Börsen zur Spekulation, die seine Herren und Meister so mit Erfolg betreiben. Am Hölle Brod lag die Sache etwas anders. Als Sohn feinerer Eltern kam er in das Bankhaus Petschel. Vierundzwanzig Jahre war er alt und besaß ein so großes Vermögen, daß er es sich gestatten konnte, enorme Geldbeträge ohne schwere Folgen im Spiele zu verlieren. Im vorigen Jahre brachte er in Karlsbad beim Hazardspiel in einer Gesellschaft, deren Mitglieder zum Teil in unserem Berichte eine Rolle spielen, einen Betrag von mehr als 200.000 Kronen an. Doraufhin blieb Brod dieser Gesellschaft fern, bis ihn in den ersten Tagen des heurigen Mai sein früherer Chef, Direktorstellvertreter der Länderbank, Arthur Rosenbaum — einer seiner Bekannten von Karlsbad — am Prager Kenuplatz aufforderte, doch an der Kartenpartie im „Hotel de Saxe“ teilzunehmen, wo sich die ganze Blase beim Vaccarat traf. Brod ließ sich

überreden und spielte in zwei aufeinanderfolgenden Nächten in der Gesellschaft folgender „Herren“:

Arthur Rosenbaum, der Länderbankdirektor, der aus der Zeit des Bankbeamtenstreiks unrühmlichst bekannt und dadurch näher gekennzeichnet ist, daß er sich wiederholt bemühte, gelbe Organisationen ins Leben zu rufen;

Gustav Tauffig, Direktor der „Karpaschia“ Prag, Mineral-Produkte-Vertriebsgesellschaft m. b. S.;

Alexander Singer, der sich Direktor einer New Yorker „United Baltic Transportgesellschaft“ nennt;

Otto Lauscher, Inhaber des Prager Bankhauses Ratter u. Co.;

Stach und Freyler, zwei Professionspieler.

An dieser erlesenen Gesellschaft von Bankdirektoren, Industriellen und Professionspielern verlor Brod in zwei Nächten 400.000 Kronen.

Vierhunderttausend Kronen! — davon könnten vierzig Familien arbeitsloser Proletarier ein Jahr lang leben. Brod, der Devisenarbitrageur, verlor sie in zwei Nächten und zahlte. Damit hatte er sein „augenblickliches“ Vermögen verausgabt; da er aber seinem Vater und einem Vetter, von denen er sich etwa 110.000 Kronen (natürlich zu Spekulationszwecken) geliehen hatte, diesen Betrag zurückzahlen wollte, ersuchte er den Otto Lauscher, den Hauptgewinner, um ein Darlehen in dieser Höhe. Lauscher verweigerte dies. In ihrer Angst aber, Brod könnte die Hazarddeure der „besseren“ Gesellschaft zur Anzeige bringen, woran dieser gar nicht dachte, konstruierten sie aus diesem Verlangen nach einem Darlehen einen Erpressungsversuch. Die Edlen ließen in ihrer Furcht zum Advokaten Dr. Emil Hirsch und da waren sie zum rechten Schmiede gekommen. Dr. Hirsch nahm die schmutzige Sache in die Hand und versuchte indirekt, vom Anwalt Brods die Zustimmung zu erlangen, daß er gegen die laubere Gesellschaft der Bierzig- und Fünfzigjährigen, die dem jungen Mann von vierundzwanzig Jahren 400.000 Kronen beim Vaccarat abgenöpft hatten, keine Strafanzeige erstatten werde. Da die Versuche des Dr. Hirsch fehlschlagen, drohte er in der Kanzlei des Anwalts Brods, wo sich diese Szene in dessen Gegenwart abspielte, in das Bankhaus Petschel zu fahren. Er tat es auch, jedenfalls um den Beamten Brod bei seinem Chef zu denunzieren. Denn Brod hatte Angst seine Stellung zu verlieren, wenn diesen Chef des „honesten“, „vornehmen“ Bankhauses mitgeteilt würde, daß er hazardiert hätte und ein Vermögen verlor. Der Anwalt Brods ging dem Dr. Hirsch zu Petschel nach, nachdem er sich von dem aufgeregten Brod das Versprechen hatte geben

Zeit der Sonnenwende zu erfinden. Es ist dabei kein Zufall, daß das Fest nicht mit der astronomischen Sonnenwende vom 21. Juni zusammenfällt. Das erfährt man von „heiligen Augustinus“, der es für notwendig fand, damals den Gläubigen begreiflich zu machen, warum man bei allen anderen Feiern, Märtyrern, Aposteln und Patriarchen den Todestag feierte, nur bei Johannes dem Täufer aber den Geburtstag wie bei Jesus. „Heute (am 24. Juni)“, sagte er, „wo die Tageslänge abzunehmen beginnt, ist Johannes geboren worden, damit der Mensch erniedrigt werde; an jenem Tage (25. Dezember), wo die Tageslänge wieder zunimmt, ist Christus geboren worden, damit Gott erhöht werde, eine große heilige Sache, meine Brüder.“ Natürlich! Hatte die Kirche als Geburtstag ihres Stiefers den 25. Dezember, den Tag der „heiligen Sonne“, der Winter Sonnenwende, den Geburtstag des gefährlichsten Konkurrenten, des persischen Sonnengottes Mithras festgesetzt, dann mußte auch für den Tag der Sommer Sonnenwende ein passendes Fest bestimmt werden, und da nach Evangelium Lukas 1, 26 Johannes um sechs Monate früher zur Welt kam als Jesus, kam der 24. oder 25. Juni heraus. Der 24. Juni wurde gewählt, weil der alte römische Kalender für die Sommer Sonnenwende den 25. Juni festsetzte, wie den 25. Dezember für die Winter Sonnenwende. Später wurde Johannes der heiligen, germanischen und slavischen Sonnenwendefeier unterworfen und übernahm allen heidnischen Aberglauben bis in unsere Tage; denn die Kirche hat auch in diesen Dingen einen guten Wagnis und kann auch da fremdes Gut verdauen.

Wo die Johannesfeuer noch bestehen, hat sich die Kirche mit ihnen abgefunden, wie mit dem übrigen Heidentum. In vielen Gegenden segnen die Pfarrer kaltblütig die entzündeten Feuer, bei denen sich mit Weihrauch und Weihholz der römische Aberglaube mit dem alten Drudenzauber verbindet. Die Kirche hat sich begnügt, im viernten Jahrhundert das Fest des Täufers für die

Gefangene des Glends.

Bei den Bewohnern des Arbeitslosenviertels. — Achteinhalb Monate ohne Beschäftigung. — Vor dem geplanten Abbau der staatlichen Unterstützung. — „Pak dëti hodim do potoka!“

oder weniger großen Menge von Zivilpersonen durch Zusage beschimpft und sogar tätlich angegriffen worden sind. Nur der Besonnenheit der Truppe und dem taktvollen Auftreten der Kommandanten ist es zu danken, wenn die Abteilungen diese Angriffe ohne Gegenwehr hinnahmen. Nur in einem Falle war es notwendig, zum Schutze des taktisch angegriffenen Kommandanten mit der Anwendung von Waffengewalt zu drohen.

Das Bundesministerium für Heereswesen fühlt sich verpflichtet, auf diese Vorfälle aufmerksam zu machen und zum Ausdruck zu bringen, daß es das taktvolle Verhalten der Abteilungen gebilligt hat, daß aber für die Zukunft derartigen Vorfällen vorgebeugt werden muß.

Solche vorbeugende Maßnahmen erscheinen umso mehr notwendig, als es im Hinblick auf die Bestimmungen des Dienstreglements, 1. Teil, § 72, Punkt 516, M. b., nicht ausgeschlossen wäre, daß ausgereitete Truppen des Bundesheeres tätlichen Angriffen mit Waffengewalt entgegenzutreten.

Das Bundesministerium für Heereswesen wird alle Brigadekommandos anweisen, bereits jetzt das Einverständnis mit den lokalen Sicherheitsbehörden zu pflegen, wird ferner eine Aufklärung in den Tagesblättern veranlassen und ersucht, im dortigen Bereich die notwendig erscheinenden Verfügungen zu treffen.

Der österreichische Heeresminister, den es mit einem Male nach dem Blute der österreichischen Staatsbürger — jedenfalls nur der Arbeiter — geüht, beruft sich in seiner Zuschrift auf das Dienstreglement, das im Jahre 1873 vom Kaiser erlassen wurde. Der Heeresminister verweist dabei, wie die „Arbeiter-Zeitung“ richtig bemerkt, daß das Dienstreglement von dem Augenblick an, als die Verfügungsgewalt über die Armee vom Kaiser an den Nationalrat überging, aufgehört hat. Gesez zu sein und nunmehr eine Sammlung von Verordnungen ist, die nur soweit bindende Kraft besitzen, als sie sich auf die innere Ordnung des militärischen Dienstbetriebes, die in den Wirkungsbereich des Heeresministers fällt, beziehen. Was sich sonst in Dienstreglement an Vorschriften findet, hat jede bindende und verpflichtende Kraft verloren, auch wenn sich der Herr Vaugin darauf „beruft“. Der § 72, Punkt 516, lit. b) des Dienstreglements lautet: Der Waffengebrauch hat einzutreten, wenn eine Truppe tätlich insulsiert oder gar mit Waffen angegriffen wird, desgleichen, wenn Leute mit Waffen oder sonstigen Gewaltwerkzeugen in feindseliger Absicht gegen die Truppen drängen und zu besorgen ist, daß hierdurch deren Aktionsfähigkeit verhindert oder übermäßig beeinträchtigt ist. (Anmerk. der Red.)

Die Berichte über den Aetna-Ausbruch übertrieben? Die „Agenzia Stefani“ erklärt, daß die Meldungen der Wäcker über die Katastrophe in Sizilien sehr übertrieben sind. Die Eruption des Aetna erreichte nicht die Heftigkeit früherer Ausbrüche. Im ganzen wurden nur einige Ziedlungen beschädigt, ein Menschenleben fiel nicht zum Opfer. Alle Vorkehrungs- und Hilfsmaßnahmen wurden getroffen. Der Papst hat weitere 25.000 Lire für die Betroffenen gespendet.

Eine Kandidatenliste der Hausmeister. Der Zentralausschuß der Prager Hausmeister hat nach einer Meldung der gestrigen Abendblätter beschlossen, bei den kommenden Gemeindevahlen eine selbständige Kandidatenliste aufzustellen.

Das Saargebiet — ein Gefängnis. Die Fraktionen des Landesrates des Saargebietes haben an den Völkerverbund eine Deuschfrist gerichtet, die sich mit einer Verfassung der Rheinlandskommission befaßt, die ein bezeichnendes Licht auf die Praxis wirft, mit der den Bewohnern des Saargebietes die Weis nach Deutschland unmöglich gemacht wird. Es handelt sich in dem vorliegenden Falle um das Landesratsmitglied Hermann Köhling, der beruflich häufig Reisen aus dem Saargebiet unternimmt und auch an den aus dem Saargebiet zum Völkerverbund geschickten Delegationen bereits teilgenommen hat. Am 19. Mai teilte die Regierungskommission in Saarbrücken Köhling mit, daß ihm nach Beschluß der Rheinlandskommission das Betreten des besetzten Gebietes bei Strafe sofortiger Ausweisung verboten sei. Die Rheinlandskommission berief sich bei ihrem Beschluß auf einen Artikel ihrer Verordnungen, wonach sie jeden ausweisen kann, dessen Anwesenheit im besetzten Gebiete die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die öffentliche Ordnung gefährden könnte. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch bei diesem Beschluß gegen Köhling um einen Rachakt der französischen Behörden, da Köhling seit 1919 die Aufnahme französischer Kapital in seine Unternehmungen verweigert hatte. Es liegt uns ferne, den Industriellen Köhling irgendwie in Schuld zu nehmen. Aber Köhlings Klassenzugehörigkeit ändert nichts an der Unrechtmäßigkeit der Franzosen, die mit Hilfe der Rheinlandskommission die Bewohner des Saargebietes vom übrigen Deutschland absperrten.

Tausend Mark für eine Straßenbahnfahrt in Berlin. Wie aus Berlin gemeldet wird, kostet eine Straßenbahnfahrt in Berlin ab 25. Juni 1000 Mark. Ab 2. Juli wird der Fahrpreis auf 1500 Mark erhöht werden.

Das Wetter der Woche. Auch während der letzten acht Tage dauerte die außerordentliche Kühle und Regenhäufigkeit in fast ganz Mitteleuropa ohne jede Unterbrechung fort; ja, der Unterschied zwischen den erreichten Temperaturen und den langjährigen Mittelwerten wurde noch größer, weil nach der zweiten Monatswoche die mittleren Temperaturen wieder anstiegen. Sehr bedeutend waren in manchen Gegenden die Niederschlagsmengen; so meldete Donnerstag Memel 20, Königsberg 25, Mittwoch München 30, Mon-

Bei seinen Blick dem Arbeitsloseneind in den Industriegebieten dieses Staates zuwenden, der wähnt sich in die letzten Kriegsjahre zurückversetzt. Nicht nur, daß Not und Hunger wieder bei zahllosen Arbeiterfamilien in schrecklichem Ausmaße anzutreffen sind, nicht nur, daß uns die fahlen Gesichter und die flackernden Augen der Opfer der Wirtschaftskrise an die Glendgestalten der schlimmsten Kriegszeit erinnern — diese Gemeindefunktionen mögen vielleicht nur äußerliches berühren. Was aber den Vergleich mit zwingender Kraft ausdrängt, ist ein gemeinsames inneres Merkmal: Das völlige Versagen des menschlichen Erbarmens, soweit es nicht in der Klassenolidarität seinen Ausdruck findet — gegenüber den Unglückseligen, die ein finsternes Gesicht von den Ufern des Lebens in den Strom des Verderbens gestürzt hat. ... Anders ist die entscheidende Teilnahmslosigkeit der besitzenden Klassen und der Staatsorgane gegenüber dem tieftraurigen Los der Arbeitslosen nicht zu erklären. Wir stehen noch mitten drin in der Kriegsideoologie, die eine gigantische Massentragedie in Generalstabberichten (an deren Stelle jetzt ministerielle Statistiken und Schönfärbereien figurieren) ausdrückt, mitten in der Kriegstheorie, mitten in der Generalstabberichtsfassung, nach der das arme Volk nur zu dem Zwecke existiert, um für „höhere Interessen“ zu kriegen. Jener Geist, der zum Teile des Vaterlandes Leute mit offener Tüderulose zur „Ausbeutung“ an die Front schickt, ist noch immer springlebendig, denn nur aus solchem Geiste können Bestrebungen geboren werden, die in diesem Augenblicke, da wir hoffnungslos inmitten einer wirtschaftlichen Dauerkrise stehen, da der Arbeitslosensammer seinem dramatischen Höhepunkt zustrebt, auf einen Abbau oder gar auf eine Befreiung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge hinarbeiten. In einigen alltäglichen Bildern, wahllos herausgegriffen aus der düsteren Welt der Massenarbeitslosigkeit, soll hier aufgezeigt werden, was es bedeuten würde, wenn bei den Leuten mit länger andauernder Erwerbslosigkeit die staatliche Unterstützung abgebaut oder gänzlich eingestellt werden sollte.

Die Kolonie des Glends.

Vor achteinhalb Monaten ist die Glasfabrik, die am Rande der nordwestböhmisches Industriegebiet liegt, stehen geblieben. In dieser Zeit wurde die dem Betriebe angegliederte Arbeiterkolonie zu einer Kolonie des Arbeitsloseneind. Hier tritt uns der Jammer der Arbeitslosen in konzentrierter unverwischter Gestalt gegenüber. In Begleitung zweier ebenfalls beschäftigungsloser Glasarbeiter machen wir den Rundgang. Zuerst führt uns der eine, der Vertrauensmann, in seine Wohnung. Peinliche Sauberkeit überrascht beim Eintritt. Zwei Buben gucken am Fenster mit klugen Augen in die Schulhefte und lernen.

Am 20. Juni 1920. In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 1920 fiel in der Gegend von Magdeburg 20 Millimeter Regen. In anderen Drien waren die gefallenen Mengen zwar nicht erheblich, es blieb aber nicht ein einziger Tag ohne Regen, und auch während der Niederschlagspausen blieb der Himmel dauernd bedeckt. Allein im äußersten Nordosten kam es um die Mitte der Woche zu vorübergehender stärkerer Erwärmung, weil nach der Ausbildung hohen Luftdrucks über Rußland dort eine warme Inlandströmung aus südöstlicher Richtung einsetzte. Montag früh hatte Königsberg 17, Memel tags darauf eine Morgentemperatur von 18 Grad Wärme und tagsüber stieg das Quecksilber in Ostpreußen auf 20 bis 23 Grad. Dann bereitete die Annäherung des Ostseetiefs aber auch dieser Erwärmung wieder rasch ein Ende. Im Gegensatz dazu sank in den deutschen Gebieten das Quecksilber nahe an Null; größere Höhen, wie der Brocken, hatten Frost, und der Schnee fiel bis in Höhen von nur wenigen hundert Metern hinab. Auch in Frankreich kamen Fröste und Schneefälle vor; selbst auf der Südseite der Alpen war es noch außerordentlich kühl, die Folge des ununterbrochenen Einstroms von Polarluft auf der Rückseite der Depressionen, die unaußhörlich von Island südwärts nach Skandinavien vordrängen, anfangs noch über die Ostsee nach Südosteuropa abwanderten, dann aber über Skandinavien eine große Beharrungstendenz zeigten. Infolgedessen herrschte in ganz Mitteleuropa ebenso wie im Norden des Erdteils dauernd Rückseitenwetter, und da das Maximum des Luftdrucks augenscheinlich auch weiterhin auf dem Atlantik bleiben wird, wogegen von Island aus neue Wirbel seinen Nord- und Ostwand bestreichen, so ist ein Ende des rauhen Rückseitenwetters immer noch nicht zu erkennen.

Projekt eines Niesenhoteles in Prag. Nach einer Meldung der „Prager Presse“ soll anstelle der heutigen Anzeigebüro in Prag ein Niesenhotel erbaut werden. Hinter dem Projekt steht eine größere Gruppe von Finanzmännern und Politikern, so daß die Finanzierung des Unternehmens gesichert erscheint. Mit dem Hotel soll ein Offizierskasino verbunden werden. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten und die Gemeinde Prag werden sich mit diesem Projekt in nächster Zeit befassen.

Der Mord in Telnitz. Wie wir bereits gemeldet haben, wurde in der Nähe der Endstation Telnitz der elektrische Kleinbahn ein unbekannter Mann erschossen aufgefunden, den man seiner Kleider beraubt hatte. Wie nun aus Telnitz be-

gut,“ bedeutet der Vater mit Stolz. Zwei kleine schulpflichtige Mädels sind auch noch da. Die blasse Frau mit dem intelligenten Gesicht grüßt in scharfer Freundlichkeit. Es ist nicht viel zu fragen und zu erzählen. Die sechsköpfige Familie bekommt 90 K wöchentlich an Unterstützung. Bisher haben sie sich durchgeschlagen, haben aber die kleinen Ersparnisse aufgebraucht. Jetzt steht und fällt die Existenz dieser sechs Menschen mit der weiteren Gewährung der staatlichen Unterstützung. Der Verkauf der bescheidenen Einrichtung könnte das Verdrücken der Katastrophe nur um wenige Wochen hinauschieben. Ein schlimmer Feind droht außerdem für die Zukunft: Die Frau ist kranklich. Hüftsticht ein bißchen. Lungenentzündung — meinte der Arzt und hat Ruhe, kräftige Speisen, Fleisch, Fett, Milch, viel Milch verordnet. Als die Antwort darauf ein bitteres Lächeln war und als die Kränkelnde ihre Verhältnisse schilderte, hat er ihr in mitleidiger Aufwallung 10 K geschenkt. Damit war seine Kunst zu Ende. ... Im Weggehen sagt der Mann sorgenvoll: „Ich sag' ihr ja immer, sie soll jeden Tag wenigstens ein Tüpfel Milch trinken. Aber sie tut's nicht wegen der Kinder.“

Acht Monate — nichts als Brot und Suppe.

Der nächste Gang gilt der ebenerdigen Behausung eines tschechischen Glasarbeiters. Die Tür führt vom Freien direkt in die Küche, läßt beim Schließen einen daunenbreiten Spalt offen. Die Wände riechen, wie man später sieht, vor Rasse. Aus dem Halbdunkel des zweiten Raumes lösen sich Gestalten los, aus dumpfem Brüten aufgeschreckt. Mann und Frau treten näher, erfahren den Zweck des Besuches. Mit müden Gesichtern, wie sie nur enbloße zermürbende Not prägen kann, stehen sie Rede und Antwort. Fünf Kinder sind da — zwischen zwei und zwölf Jahren. Die Unterstützung langt nur auf Brot und Suppe. Seit acht Monaten kennen sie keine andere Nahrung. Von Anschaffungen, die angesichts der reichen Kinderzahl recht notwendig wären (was braucht eine siebenköpfige Familie nicht alles in acht Monaten!) keine Rede. Die Kinder tragen ihren ganzen Kleider- und Wäschevorrat auf dem Leibe, ohne daß dadurch die Blüten gedeckt wären. Wenn der Winter kommt, können sie, wie der Mann im Laufe der tschechisch geführten Unterhaltung berichtet, nicht mehr vor die Türe gehen, können auch keine Schule besuchen. Zum Schluß hat die Frau noch eine Frage: Ob wir etwas davon gehört haben, daß vom nächsten Monat an die Unterstützung um die Hälfte gekürzt werden soll. Eine Schicksalsfrage, schlicht und ohne Pathos (der dem leidenden Proletarier fremd ist) gestellt. Aber der angsterfüllte Blick, der die Frage begleitet, läßt das Herz zusammenzucken. Aus-

richtet wird, wurde in dem Toten der nach Bremen bei Nimes zuständige Bedienstete der Russisch-Tschech Eisenbahn Franz Flanderla festgestellt. Flanderla war am Freitag, den 15. d. M. nach Russig gekommen, um sich beim Arzte einer Untersuchung zu unterziehen. Er hielt sich an diesem Tage bis acht Uhr abends in Russig auf. Ueber seinen weiteren Verbleib bis zur Auffindung seiner Leiche fehlt noch jede Spur.

Zunehmende Versandung der Wolga. Aus den Gouvernements Jarzyn, Astrachan und Saratow wird gemeldet, daß an der unteren und mittleren Wolga ein unaufhaltsames Vordringen der sandigen Steppendünen zu beobachten sei, so daß eine zunehmende Versandung der Wolga ein sich greift. Gemäß fruchtbarer Landstrecken sind in trostlose Sandwästen verwandelt und die Wolga gleich streckenweise einem Gewirr kleiner Hügel; bei Jarzyn und Astrachan sind für die Schifffahrt oft nur enge flache Kanäle übrig geblieben. Die Wasserarmut der Wolga wird auch durch das planlose Abholzen der Wälder verursacht.

Bosnische Aberglaube. In dem bosnischen Dorfe Zupanjari haben, wie aus Sarajevo gemeldet wird, zwei Brüder in Gesellschaft von zehn Dorfbewohnern den Leichnam ihres vor einem Monat verstorbenen Vaters ausgegraben, verbrannt und dann wieder beerdigt. Der über den Vorfall befragte Dorfschulze erklärte, daß er das Verfahren gebilligt habe, denn der Tote sei zu einem Vampir geworden, wäre jede Nacht den Angehörigen erschienen, und hätte diesen den Schlaf geraubt, so daß sie ganz entkräftet wurden. Um zu verhindern, daß der Vampir schließlich das ganze Dorf beunruhige, habe man den Leichnam verbrennen müssen. Das sei die einzige Möglichkeit, einen Vampir unschädlich zu machen.

Reformulierung des Zensurs. Die Russig „Internationale“ vom 23. Juni verfiel an nicht weniger als 17 (17) Stellen der Konfiskation!

Das größte Restaurant der Welt befindet sich in London und gehört der Firma Lyons. In seinen oberen und unterirdischen Räumen hat es 4500 Gäste Platz. Zur Bedienung der Gäste sind 900 Kellner angestellt. Das Inventar dieses Restaurants ist entsprechend gigantisch. So zählt es an 100.000 Teller, 24.000 Gläser, 28.000 Messer und Gabeln, 34.000 Löffel und über 60.000 Schüsseln. Im Restaurant konzertieren gleichzeitig drei Kapellen und durch eine eigene Ventilationsanlage kann in vier Minuten die Luft aller Räume ausgewechselt werden.

„Pak dëti hodim do potoka!“ — dann werfe ich die Kinder ins Wasser! — „Wie herzlos!“ mag der bürgerliche Moralist anrufen, dem diese Zeilen zu Gesicht kommen. Wer aber wirft den ersten Stein auf diese Frau? Sicher haben diejenigen kein Recht dazu, die solche Eltern vor die Wahl stellen, entweder ihre Kinder langsam verhungern zu lassen oder sie rasch zu töten! Zu den Urhebern solcher Verbrechen gehören sie alle, die nach der Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung schreiben.

„Vaterlandslose Gesellen“.

Die nächste Familie. Da sind nur zwei Kinder anzutreffen, doch um so reichlicher sind die Leute mit unglücksbringenden Schicksalsschlägen bedacht. Daß der Mann im Kriege einen Schuß in das Kreuz abbekam, ist noch eine Kleinigkeit. Jetzt geht es aber noch weit schlimmer. Arbeitslos wie die anderen, hat sich der Mann um einen Posten im Ausland beworben. Zum Antritt sind Dokumente nötig. Doch sie sind nirgends zu beschaffen, denn die Leute sind „vaterlandslose Gesellen“ im besten Sinne des bekannten Kaiserwortes. Zwei Gemeinden, die eine in Mähren, die andere in Deutschösterreich, wetteifern miteinander in dem edlen Bestreben, der Familie das Zuständigkeitsrecht vorzuenthalten, obwohl hierfür einer der beiden Orte in Frage käme. Um die Sache zu regeln, ist der Mann schon zweimal nach Deutschösterreich gefahren, mit dem einzigen Erfolge, daß darüber der Erlaß der ererbten schönen Hartholzmöbel, die die Familie bis dahin besaßen, draufging. Nun ist die Wohnung öde und leer, die Zimmereinrichtung besteht nur noch aus einem alten Bett und einer Wiege. Alles andere ist bereits verkauft. Der Mann schläft auf dem Fußboden, wo bereits auf einem Strohsack das dürftige Lager hergerichtet ist. Die Frau ist in Verzweiflung aufgelöst, jammert herzzerreißend und bittet flehentlich um Hilfe, denn sie will nicht, wie sie wörtlich sagte, zur Mörderin an den Kindern zu werden. Der zweijährige drollige Bub, dem diese entsetzliche Drohung gilt, hockt unbekümmert daneben und lügt neugierig auf den Besuch. Auch der Mann ist ganz verstört, er hat nur einen Wunsch, seine Papier zu bekommen, um auszuwandern zu können.

Sankt Bürokratius.

Eine ähnliche Geschichte wird uns bei der deutschen Familie nebenan berichtet. Der Mann ist ebenfalls Invalid, zeigt uns einen Bescheid vom Landesamt für Kriegsschädigten-Fürsorge, darin ihm eine monatliche Rente von 102 Kronen zugesichert wird. Obwohl das Schriftstück vom 28. September 1922 datiert ist, hat der Inhaber trotz aller Krangeln bis heute keinen roten Heller bekommen. Und wie notwendig sie das Geld brauchen würden! Für die alte Mutter des Mannes, die in der Familiengemeinschaft nebst den drei kleinen Kindern lebt, wurde die Gewährung einer Unterstützung verweigert. Ein Beweis, in welche Kollage die Saumseligkeit der Behörden diese Familie gestürzt hat, ist der Umstand, daß sie nicht einmal einen Tropfen Petroleum daheim haben. Abgebrannte Fündholzsägen dienen als Beleuchtung, während wir Notizen machen.

Schwarzer Kaffee für Säuglinge.

Unser letzter Besuch gilt wieder einer tschechischen Familie. Auch da kein Licht, weil das Geld für's Petroleum fehlt. Auch da seit Wochen und Monaten Brot und Suppe als Hauptnahrung. Die Frau, die infolge dieser Ernährung, einer Rätche Kollwitz Modell stehen könnte, hat einen sechs Monate alten Säugling bei der Brust. Die Frage, ob sie denn für das Kind keine Milch kaufen konnte, löst ein schmerzvolles Lächeln und resigniertes Kopfschütteln aus. Soweit die ach so schlaffe Mutterbrust dem kleinen strampelnden und schreienden Weltbürger nicht zufrieden stellen kann, bekommt er — so wurde uns versichert — als Milcherfah: schwarzen Kaffee.

Die Approvisionierungssektion.

Der Vertrauensmann erklärt, daß wir in den übrigen Wohnungen die gleichen Verhältnisse antreffen würden. Da hören wir so etwas wie Gefang. Es kommt aus der Bude der ledigen Glasmacher, der jungen Burschen, die von den bösen Verhältnissen um so härter getroffen werden, da sie über die lange Zeit der Arbeitslosigkeit selbst des moralischen und wirtschaftlichen Faltes einer Familiengemeinschaft entbehren. Sie schlagen sich mit den 30—60 Kronen, die sie wöchentlich an Unterstützung erhalten, eben irgendwie durch. Dabei spielen sie in der Arbeitslosenselbstverwaltung eine wichtige Rolle, sie sind sozusagen die Proviantmeister, sie sind die Fleischlieferanten der Notgemeinde. Da, wird sich der Spieler denken, den Leuten geht es doch gar nicht so schlecht, daß Lamento von lauter Brot und Suppe und schwarzem Kaffee stimmt also nicht, die Leute können ja Fleisch essen, das ist ja unter einer nicht mal instande usw. Ja, es ist so, daß man muß die Fleischorte kennen, die die Arbeitslosen noch hie und da erschwingen können. Dunde fleisch ist's! Deshalb wandern die Burschen oft stundenweit in die Dörfer der Umgebung hinaus, um „schlachtreife“ Hunde einzufangen. 20 bis 30 K pro Exemplar werden oft bezahlt, zumal von einem ausgewachsenen Schlachthund 12 bis 15 Kilo Fleisch zu gewinnen sind, wofür sich in der Kolonie stets reichender Absatz findet. Bei einem Abbau der staatlichen Unterstützung werden sich die Arbeitslosen allerdings auch diesen Luxus nicht mehr leisten können oder

sie werden darauf verzichten müssen, ihren Schlachtviehbedarf als legale und gesetzestreue Staatsbürger auf legalem Wege zu erwerben.

Und das Auge des Gesetzes wacht...

Zwar nicht darüber — wie man von dem Gesetze einer demokratischen Republik annehmen sollte — daß sein arbeitsloser Bürger Hungers sterben oder das Opfer der Verzweiflung werde, sondern darüber, daß durch die Arbeitslosen die kapitalistische Eigentumsordnung nirgends verlegt wird. Das hängt mit der Beforgung des Brennmaterials für die Arbeitslosenkolonien zusammen. Wie der Vertrauensmann zum Schluß erzählt, wandern die Leute tagtäglich mit Rucksäcken hinaus zu der Lösshalde der nahen Großfabrik. Dort wird in emsiger „Wühlarbeit“ der mitunter recht heißen Asche jedes und auch das kleinste Stückchen Kohle abgerungen. Dieses anscheinend harmlose Handwerk hat auch seine Gefahren. Erstens kann man sich beim Durchgraben der freischaugeschütteten Asche (die die stärkste Ausbeute liefert) leicht verbrennen und zweitens kann man mit den republikanischen Behörden und Gerichten in Konflikt kommen. Denn das — offenbar gesellschaftsschädigende — Kohlenklauen auf der Schlachthalde des industriellen Großunternehmens ist kraft der bürgerlichen Rechtsverhältnisse verboten und kann den gesetzlichen Bestimmungen gemäß in „Vetretungsfalle“ als Diebstahl „geahndet“ werden. Es ist auch schon — wie unsere Begleiter bemerken — mehrmals vorgekommen, daß Arbeitslose bei diesem schändlichen Diebstahlsverbrechen von den Gendarmen abgefangen, vor das Gericht geschleppt und dort wegen des besagten „Deliktes“ zu Geldstrafen verurteilt wurden. Da fragt man sich unwillkürlich, ob solche verurteilte Zustände in einer Kolonie von Arbeitslosen möglich wären. Jedenfalls ist es jedoch in unserem aufgeklärten, humanen und sozialen Zeitalter noch möglich, daß Gendarmen und Gerichte dazu verwendet werden, um die Aktionäre einer Großfabrik vor solcher „Veranbarung“ durch die Arbeitslosen zu beschützen.

Wer hat den Mut, da abzubauen?

Auf dem Heimwege wirbeln die Eindrücke des Abends durcheinander wie Szenen eines wüsten und garstigen Traumes. Doch es war kein Traum, sondern erschütternde, schreckliche Wirklichkeit. Wirklichkeit, die das Hirn in schlafloser Nacht peinigt, Wirklichkeit, die die Nerven aufpeitscht, Wirklichkeit, die die Seele in ihren Tiefen erbeben läßt. Und gegenüber dieser Wirklichkeit steht die harte Gewißheit, daß es Menschen gibt, Unbedeutende und Maßgebende, Einfältige und Gebildete, die sich angesichts des tragischen Notstandes vieler Tausenden von Arbeitslosen blind und taub stellen, die es als Ausfluß höchster wirtschaftlicher, politischer und staatsmännischer Weisheit predigen, die zu Tausenden und Tausenden zählenden Arbeitslosen dieses Staates mit ihren Frauen und Kindern dem Schicksal des physischen und moralischen Unterganges zu überantworten. Daß es Politiker und Volkswirtschaftler geben kann, die das Arbeitslosenproblem als ein Zahlenproblem auffassen, die sich unterfangen, dieses tiefgreifende soziale Uebel mit dem Rechenstift in der Hand und durch Einführung von Sparmaßnahmen zu beseitigen. Kein Denker wird verlangen, daß staatliche Unterfütterungsgelder an Frauenzener oder Schwindler ausgezahlt werden. Wer aber den in schier unentrinnbarer Gefangenschaft des Elends schmachtenden Arbeitslosen, die nach monatelanger Erwerbslosigkeit noch immer keine Arbeit finden können, die Unterstützung kürzen oder wegnehmen will, dem sei im Angesichte der skizzierten Tatsachen die Auflage entgegenzuschleudern, daß er arme Säuglinge erwürgt, unschuldige Kleinkinder ermordet und ungezählte brave Arbeitsmenschen, Jugendliche, Frauen und Männer dem Selbstmord oder dem Verbrechen in die Arme treibt.

Romota u., 22. Juni 1923. Wenzel Ralsch.

Telegramme.

Bermittlungsaktion Benešs?

Berlin, 23. Juni. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen zwischen England und Frankreich scheinen ins Stocken geraten zu sein, da Poincaré auf seinem unbefriediglichen Standpunkt verharrt. Die englischen Mächte betonen die Unmöglichkeit des Verlängerens der Aufgabe des passiven Widerstandes. Der „Daily Telegraph“ berichtet, daß Minister Beneš eine Vermittlungsaktion einleiten wolle.

Deutsche Note an Polen.

Berlin, 23. Juni. (Wolff.) Die deutsche Regierung übersandte unter dem 18. d. M. der hiesigen polnischen Gesandtschaft eine Verbalnote als Erwiderung auf eine Verbalnote der polnischen Regierung, worin gegen die deutschen Rechtsverwahrungen anfänglich der Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens und der Unterzeichnung des Genfer Abkommens bei der deutschen Regierung Protest erhoben war. Die deutsche Regierung betont, daß sich ihre Rechtsverwahrung gegen diejenigen Mächte richtet, die die Verantwortung für die Teilung Oberschlesiens tragen. Die deutsche Regierung erkennt daher den Protest der polnischen Regierung nicht als berechtigt an und betont, daß sich ihr gegenüber auf den Boden des Genfer Abkommens stellt. Die lokale Haltung der deutschen Regierung könne nicht deswegen in Zweifel gezogen werden, weil beim Jahreskongress der ober-schlesischen Abstammung der Abgeordnete Herrschel der Hoffnung auf die Rückkehr der abgetre-

lenen Teile Ausdruck gegeben habe. Die Note verweist auf eine Reihe zum Teile amtlicher polnischer Kundgebungen, denen von der großen Masse in Polen der Sinn der gewaltsamen Besitzergreifung Deutsch-Oberschlesiens beigelegt werden müsse und die in die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens Beunruhigung und Erbitterung trugen sowie auf die fürsichtlich statgehabten militärischen Uebungen der Aufständischen. Die deutsche Regierung schließt sich dem von der polnischen Regierung ausgeführten Wunsche an, daß die Atmosphäre der Ueberreizung schwinden möge und betont, daß die Behörden Oberschlesiens hiezu wesentlich beitragen könnten, indem sie vom Treiben der Aufständischen abrückten und den Rechten der Minderheiten wirksameren Schutz gewährten.

Eine neue Ho'ssholthaus aus Deutschland

Berlin, 23. Juni. (Eigenbericht.) Die andauernd nachkaltete Witterung rückt die Gefahr einer Ernährungskatastrophe für Deutschland nahe. Die Kartoffelernte ist stark gefährdet, der Gemüse- und Obstmarkt schon jetzt fast ohne Zufuhr.

Bayerisches.

Berlin, 23. Juni. (Eigenbericht.) Anlässlich des 30jährigen Sterbetages des Genossen Volkmann soll auf dem Münchener Waldfriedhof ein Denkmal feierlich enthüllt werden. Die Münchener Polizeidirektion ist schamlos genug, der Feier für einen Toten durch Schikanen aller Art Schwierigkeiten zu machen. So hat man verboten, daß die Ordner rote Armbinden tragen, obwohl das in der Partei seit Jahrzehnten üblich ist.

Es wird weiter gehoffen.

Reddinghausen, 23. Juni. (Sabas.) Ein in einer besetzten Grube arbeitender Deutscher wurde von einer kleinen Schar Deutscher überfallen. Die französische Wache eilte zur Hilfe und forderte die Angreifer auf, auseinander zu gehen. Als ihren Aufforderungen keine Folge geleistet wurde, schoß die Wache. Ein Eingreifer wurde getötet.

Ein „Schutzgesetz“ im Saargebiet.

Saarbrücken, 23. Juni. (Wolff.) Die Regierungskommission hat die sogenannte Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit vom 7. März 1923 aufgehoben und durch eine neue Verordnung ersetzt, in der besonders die Presse- und Redefreiheit, sowie das Vereins- und das Versammlungsrecht geregelt werden. Bestraft werden darnach Personen, die durch Druckschriften oder in öffentlichen Versammlungen u. dgl. die im Saargebiet durch den Versailler Vertrag geschaffene Ordnung angreifen oder wer die Regierung, ihre Mitglieder und die von ihr getroffenen Einrichtungen und ihre Beamten beschimpft oder verleumdet. (Und da soll man noch sagen, daß die Tschekoslowakei im Ausland nicht genug beachtet wird! Sogar ihr vorbildliches und humanes „Schutzgesetz“ ahmt man getreulich nach! D. R.)

Lohnerhöhungen.

Berlin, 23. Juni. (Eigenbericht.) Anschließend an die für den Bergbau der besetzten Gebiete vereinbarten Lohnerhöhung, die der dortigen besonderen Teuerung Rechnung trägt, werden die Lohnerhöhungen für die übrigen Kohlenreviere durch einen vom Reichsarbeitsminister eingefegten Schlichtungsausschuß geregelt. Der von diesem gefällte Schiedsspruch sieht Zulagen im Betrage von etwa 55 Prozent vor, wie z. B. für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eine Erhöhung um durchschnittlich 20,00 Mark, für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau um durchschnittlich 22,250 Mark einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes pro Schicht.

Eine Schlappete Poincarés.

Schwere Kämpfe in Marokko.

Paris, 22. Juni. Der Senat setzte heute die Beratungen des Haushalts für das Jahr 1923 fort. An zweiter Stelle stand das Budget des Kriegsministeriums zur Debatte. Die Kammer hatte mit diesem Budget u. a. einen Kredit von 200 Millionen Frank für die Levantearmee angenommen. Die Finanzkommission des Senates hatte diesen auf 220 Millionen herabgesetzt. Der Kriegsminister seinerseits verlangte 235 Millionen. Nach einer Kritik des Senators Viktor Berard an der Verwaltung Syriens wurde die Forderung der Regierung mit 177 Stimmen gegen 115 Stimmen abgelehnt und der von der Kommission vorgeschlagene Kredit von 220 Millionen angenommen.

In der Debatte richtete Senator Berard an den Kriegsminister die Frage, ob es zutrefte, daß die in Marokko im Gange befindlichen Kämpfe, wie die englische Presse angebe, derartige blutige Verluste zur Folge gehabt hätten, daß sie einen wahren Krieg darstellten. Kriegsminister Maginot erklärte darauf, daß der Feldzug in Marokko energisch fortgesetzt werde und die Verluste empfindlich seien. Er werde die Ziffern im Heeresauschuß bekanntgeben. (Was dafür spricht, daß die Verluste sehr groß sind. — Die Schlappete der Regierung ist unsso bezeichnender, als sie sie an der empfindlichen Stelle „Militarismus“ trifft. D. Red.)

Handelskrieg zwischen Frankreich und Rumänien.

Paris, 23. Juni. „Journal d'Industrie“ berichtet über einen Konflikt zwischen den französischen Privatgläubigern und ihren rumänischen Schuldnern, der bereits politischen Charakter angenommen habe. Im vergangenen Jahre sei eine Abordnung rumänischer Schuldner nach Paris gekommen, angeblich um sich mit den französischen Gläubigern zu vergleichen. Sie haben sich jedoch nicht tatsächlich um die Aufnahme von Beziehungen zu den letzteren bemüht und sei nach England gegangen, wo sie mit einem Teil der englischen Gläubiger Abmachungen getroffen habe. Nach Rumänien zurückgekehrt, habe sie von der Regierung die gesetzliche Ausdehnung des mit den englischen Gläubigern getroffenen Abkommens auch auf die Gläubiger der anderen Länder verlangt. Auf Proteste hin sei dieser tatsächlich eingebrachte Gesetzentwurf von der Regierung wieder zurückgezogen worden. Kurz darnach sei aber ein neuer Entwurf, der ein Moratorium von mindestens 12 Jahren vorschlag, von Kammer und Senat angenommen worden. Bei diesem ganzen Vorgehen habe es sich nur um die Ausführung einer der Bestimmungen des englisch-rumänischen Vertrages gehandelt. Die französischen Gläubiger hätten mit Unterstützung des Quai d'Orsay ein Defensivkomitee eingesetzt, das entschlossen ist, so weit es in seiner Macht steht, alle Handelsbeziehungen zu Rumänien abzubrechen.

Rehlen, der Gerechte.

Budapest, 23. Juni. (BKA.) Der Minister des Innern hat den Straßenverkauf des sozialistischen Blattes „Nepszava“ auf die Dauer von acht Tagen im ganzen Lande verboten. Das Verbot erfolgte, weil das Blatt mehrere, die öffentliche Ordnung gefährdende Artikel gebracht hat, in denen — man denke! — die Unparteilichkeit der ungarischen Gerichte angezweifelt und gegen die Regierung die Beschuldigung erhoben wird, daß — man denke abermals! — sie aus egoistischen Gründen, um die Macht auch weiter in ihren Händen behalten zu können, die Angliederung neuer Gebiete an Ungarn verhindert habe.

Von der englischen Arbeiterpartei.

London, 23. Juni. Der Jahresbericht der Arbeiterpartei gibt die Zahl ihrer Mitglieder mit 3.310.236 gegenüber 4.010.361 im Vorjahre an. Der Vorstand beschloß, die Anfrage der kommunistischen Partei betreffs eines Zusammenschlusses nicht in Erwägung zu ziehen.

Erziehung und Schule.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Schule.

In der Nummer vom 22. April waren die vom Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge verzeichnet, die sich auf die Schulgesetzgebung beziehen. Darüber ist das Monatsblatt des Reichsverbandes deutsch-schlesischer Lehrer im tschechoslowakischen Staate mit dem Titel in Teplitz-Schönau, das „Völkische Schul- und Erziehungsblatt“ „Freie deutsche Schule“ sehr ungehalten und widmet uns in seiner Folge 5 vom 15. Bonnemond (Mai) einen eigenen Aufsatz „Sozialdemokratische Geschichtsschreibung“. „Der Vorkang“, soht der Fachmann der „Freien deutschen Schule“ das Ergebnis seiner Ueberlegung zusammen, denselben Antrag wörtlich übereinstimmend zweimal drucken zu lassen und im Parlamente anzulegen, war schon an sich beschämend für die Deutschen und ein trefflicher Beweis für die deutsche Uneinigkeit und die parteimäßige Verböhrtheit, diese gemeinsamen Anträge aber, zu denen die sozialdemokratische Partei rein gar nichts beigetragen hat, heute für sich in Anspruch zu nehmen, sich damit der Lehrerschaft gegenüber zu brüsten und als allein aufrechte Vertreterin der Schul- und Lehrerinteressen hinzustellen, das ist — gelinde gesagt — eine bodenlose Frechheit. Da aber noch der sozialdemokratischen Heißelehre die Bistahl nur die Sozialisierung des widerrechtlich durch Ausfugung der Arbeitermassen erworbenen Eigentums ist, wird wahrscheinlich auch geistiger Diebstahl bei der sozialdemokratischen Partei nicht als unehrenhaft und daher erlaubt angesehen... (Spernung von uns.)

Unsere Genossen und die Leser des „Sozialdemokrat“ werden die Höhe und Weisheit, den Geistreichum und die deutsch-schlesische Vornehmheit des Tons entsprechend würdigen. Wie wunderbar einfach zum Beispiel stellt sich der „Freien deutschen Schule“ dem „Völkischen Schul- u. Erziehungsblatt“, doch das Problem der Sozialisierung dar! Und was die Monatschrift des Reichsverbandes deutsch-schlesischer Lehrer über die „parteimäßige Verböhrtheit“ zu sagen weiß, bestätigt, daß der „Fachmann“ die Beziehungen der Parteien innerhalb des gewesenen „parlamentarischen Verbandes“ wahrscheinlich aus eigener Anschauung recht genau zu kennen scheint. Zur Sache selbst sei bemerkt: In dem von den „Völkischen“ kritisierten Artikel sind die wichtigsten, tatsächlich eingebrachten Anträge aufgezählt. An den Beratungen des „Schulausschusses“ des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper nehmen auch stets Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei teil. Der Schulausschuß empfangt — das liegt doch

in der Natur der Sache — Anregungen von a u c h e n, d. h. von den Standesorganisationen der Lehrer, verhandelt, in „Enquete“, um das übliche Fremdwort zu gebrauchen, nach Notwendigkeit mit den Lehrern — Volks- und Berufsschullehrern, Mittel- und Hochschullehrern — das Ergebnis derartiger Ausdrachen sind dann die Anträge oder auch Anfragen, die in „Hohen Hause“ einzubringen sind. Wenn aus diesem Vorgehen „geistiger Diebstahl“ oder Diebstahl der geistigen „Eigentums“ gefolgert wird, so trifft der völkische „Fachmann“ nicht bloß die „sozialdemokratischen Geschichtsschreiber“: er ohrtreigt sich selber, außer er wäre — was bei einem Echtschölkischen auch nicht wundernähme — so „beschreiben“, zu behaupten, daß er alles allein und besser verstände. Worum es aber, und ganz besonders den Lehrern an unseren Volks- und Berufsschulen sich handelt, ist die Frage: Werden die in langen, mühseligen Beratungen und Verhandlungen erarbeiteten Anträge auch wirklich eingebracht oder fallen sie in die Papierfalle in den verschiedenen Klubzimmern? Wenn sich der völkische „Fachmann“ des „Völkischen Schul- und Erziehungsblattes die Mühe mache, die von den einzelnen Klubs eingebrachten Anträge (und auch Anfragen) zu vergleichen, und wenn derselbe „völkische Fachmann“ jene beiden alten Deutschen überaus gerühmte Tugend der Wahhaftigkeit besitzt, und den Mut zur Wahrheit bekennen wolle — so müßte er ohne „partei-politische Verböhrtheit“ folgendes zugeben: Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat nicht nur diese in gemeinsamer Arbeit (um es nochmals zu betonen!) im Parlamente eingebracht; er hat auch in großen bedeutsamen Fragen von höchstem kulturellem Wert und Inhalt seine Grundzüge stets verteidigt. Neue Forderung, die die sozialdemokratische Arbeiterpartei seit Jahrzehnten mit größter Entschiedenheit vertritt, jene Forderung, die nun auch der freiheitliche „Deutsche Lehrerbund im Tschechoslowakischen Staate“ in seine Programm aufgenommen hat, die Forderung nach Trennung von Schule und Kirche, von Staat und Kirche, im Parlamente ist sie von den deutschen Sozialdemokraten vertreten worden. Wenn der „völkische Fachmann“ der „freien deutschen Schule“ ehrlich handeln will, darf er den „völkischen Lehrern“ nicht verschweigen, daß diese grundsätzliche Forderung der Gesamtorganisation der deutschen Lehrer verraten worden ist, nicht nur von den deutschen Agrariern, nicht nur von der sozialdemokratischen Freiheitspartei, sondern auch von der Partei, die angeblich reines Volkstum am allerheiligsten bekennt, von der deutschen Nationalpartei.

Keine einzige deutschbürgerliche Partei hat ferner den Willen aufgebracht, die Schule des Volkes ein Ziel zu geben, nur die deutschen Sozialdemokraten haben in ihrer „partei-politischen Verböhrtheit“ in einem eigenen Antrage Zweck und Zeit der Volksschule angesehen.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei wird wie bisher auch weiterhin die Interessen der breiten Massen zu wahren und vertreten wissen; in den Interessenskreis des Proletariats gehört eben auch die Schule. Das Klassenbewußte Proletariat weiß, daß ein Großteil der Lehrer im Lager der Klassengegner steht. Die deutschbewußte Lehrerschaft, schließt der Artikel in dem „deutsch-schlesischen Schul- und Erziehungsblatt“, wird aber auf diesen plumpen Schwindel der Geschichtsschreibung nicht hineinfallen, weil sie schon genügend Beweise von der wirklichen und wahren Gesinnung der sozialdemokratischen Partei den geistigen Arbeitern gegenüber besitzt und weiß, daß der Kopfarbeiter, wie überhaupt der Intelligenz in dieser Partei weit hinter dem manuellen Arbeiter kommt und bei jeder Gelegenheit niedergedrückt wird. (Von uns gesperrt.) Und wenn heute die deutsche Lehrerschaft wie überhaupt der geistige Arbeiter zum überwiegenden Teile von der sozialdemokratischen Heißelehre nichts wissen will, so weiß er auch warum... Ob er das immer weiß?

Die deutsche sozialdemokratische Partei aber wird ihren Weg gehen, ganz unbeirrt durch das Geschrei ihrer Gegner. Für die Abgeordneten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei brachte die Beratung des sogenannten „Parlamentsgesetzes“, des Gesetzes vom 13. Juli 1922 Fälle von Arbeit. Es ist ja zur Genüge bekannt, wie hierzulande Gesetze zustandekommen. Für unsere Genossen im Parlamente galt es, Härten zu beseitigen, dahin zu trachten, daß tatsächlich die volle Parität wieder hergestellt wurde. Die Vertreter der Lehrerorganisation berieten mit Genossen, vor allem mit den Abgeordneten Hillebrand, Taub, wurde die Gesetzesvorlage beraten, die Anträge der Gränzner u. a. In den Sachausschüssen des Klubs Organisationen eingehend geprüft, ergänzt und deren Einbringung im Hause beschlossen. Aus der Reihe jener Anträge seien angeführt:

Antrag des Abg. Hoffmann auf Einreichung der Fachlehrer an Bürgerschulen in die Gruppe B der Staatsbeamten. Antrag der Abg. Hillebrand, Hoffmann (Eventualantrag). Bei Abrechnung des obengenannten Antrages: Bezüge der Bürgerschullehrer gleich denen der B-Gruppe mit einem Abschlag von einundhalb Prozent. Eventualantrag des Abg. Gränzner bestimmt, daß Fachlehrer an Bürgerschulen in der 11. Rangklasse zwei Jahre, in der 10. durch vier, in der 9. durch sechs, in der 8. durch sieben, in der 7. durch acht Jahre verbleiben sollen, worauf die Vorrückung in die 6. Rangklasse zu erfolgen hat.

Eventualantrag des Abg. Dr. Poltscher auf Einrechnung von drei Jahren bis zum 15. Dienstjahre, von vier Dienstjahren über diese Zeit in die Zeitverrechnung.

Antrag des Abg. Schweichbart zu Art. XII auf Streichung der Worte „Regionäre“ und des „sichschloßwaldischen Decrets“ aus der Zeit vom 28. Oktober 1919.

Antrag des Abg. Cermak auf Abänderung des Art. XIV, Abs. 4: „Sofern die Gesamtbezüge eines Lehrers unter jenes Ausmaß herab sinken, das vor dem Inkrafttreten des Ges. vom 21. Dezember Nr. der Sammlung 405, bestanden hat, so wird diese Differenz . . . als Pensionszulage zur Erlaucht . . .“

Antrag des Abg. Kaufmann zu Art. XIII auf Aufhebung des § 2 des Ges. vom 21. Dezember, Nr. 405, und Rückverlag der erfolgten Abzüge.

Antrag Uhl auf Aenderung des § 9: Erhöhung der Remuneration für den Unterricht in nichtobligaten Fächern auf 300 K an Volks- und auf 300 K jährlich an Bürgerschulen für die Wochenstunde.

Antrag Dr. Czoch auf Aenderung des § 20, Abs. 1, womit dem V. S. R. das Recht auf Zurechnung bis zu zehn Jahren zur Dienstzeit gegeben wird, wenn ein Lehrer aus einer andern als im ersten Absätze bestimmten Ursache dienstunfähig wird.

Antrag Hillebrand-Hoffmann auf Aenderung des Art. V, betreffend das Ausmaß der Lehrverpflichtung: 24 Stunden an Volks-, 20 Stunden wöchentlich an Bürgerschulen.

Antrag Hoffmann zu § 8, Abs. 1, betreffend das prozentuale Ausmaß nach §§ 5 bis 7: nur auf Grundgehalt und Teuerungszulage bezüglich anzuzurechnen, alle sonstigen Zulagen sind voll auszuzahlen.

Antrag Joll auf Streichung des Abs. 3 zu § 5.

Antrag Land zu § 6, Abs. 2, auf Einziehung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten an Bürgerschulen in die Gruppe C der Staatsbeamten.

Antrag Joll auf Streichung des Art. VIII. Antrag der Abg. Genoffin Deutsch auf Vermehrung der Funktionszulagen für die Leitung an Volks- und Bürgerschulen.

Antrag Hirsch auf Streichung des Art. IX. Antrag der Abgeordneten Blatin auf Regelung der Bezüge der Rebenlehrer an Volks- und Bürgerschulen.

Antrag Schäfer zu Art. X auf Regelung der Stellvertretungsgelübden; der Antrag verlangt 100 K jährlich für die Wochenstunde an Bürger-, 70 K für die Vertretung an Volksschulen.

Der Vollständigkeit wegen sollen in dem nächsten „Mittelungsblatt“ noch die Anträge zum Dezembergehalte d. J. verzeichnet werden.

Beliebteste schöner Seelen. Wir lesen: „Mit Genugtuung hat es mich und meine hiesigen Gesinnungsgenossen erfüllt, daß die „Freie deutsche Schule“ gegen den Anhang der sogenannten „Entscheidenden Schulreformer“ zu Felde ziehen will. Das hat uns gerade noch geschick, daß die Herren Dr. Kawerau und Prof. Desterreich auch bei uns ihre Lehren auszusagen versuchen, vielleicht nur deshalb, weil diese Propheten in ihrer „Heimat“ (ihre Wiege dürfte wohl östlich von Berlin gestanden sein) bereits durchschaut werden.“

Geschäftliche Mitteilungen des Verbandes sozialistischer Lehrer und Erzieher.

1. Einladung zu dem in Tepitz-Schönau am Sonntag, den 1. Juli stattfindenden:

4. Verbandstage.

Ort: Lange Gasse, Café „Central“. Zeit: 9 Uhr vormittags.

Tagesordnung:

- 1. Bericht;
2. Gründung einer schulpolitischen Arbeitsstelle;
3. Wahlen;
4. Verschiedenes und Anträge.
2. Erwünscht sind Beiträge für unsere Zeitschrift „Schule und Erziehung“.
3. Zählende Adressen für alle Zusendungen:
a) Abg. Fachlehrer Max Hoffmann, Lannwald bei Goblons;
b) Lehrer Ernst Thöner, Tepitz-Schönau, Wolfstramstraße 2.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Goldregen der Aktionäre. Die in Zschandau abgehaltene Generalversammlung der „Neuen Deutsch-Böhmischen Elbschiffahrtsges. A. G.“, in der 1087 Stimmen vertreten waren, genehmigte einstimmig den Geschäftsbericht und setzte die Dividende auf 80 Prozent fest. — Allen Respekt: Das Unternehmen hat gut gearbeitet und die Aktionäre können zufrieden sein. Sicherlich können auch die Arbeiter ein bitteres Lied davon singen.

Bayern — Brauntlohenexportland. Nach dem Jahresbericht der bayerischen Bergbehörden für 1922 unterstanden der Aufsicht der Bergbehörden 625 Betriebe mit 19.101 Arbeitern. Die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe war eine günstige infolge des großen Bedarfs an Rohstoffen aller Art und auch des schlechten Standes

der Mark, der den deutschen Bedarf vorzugsweise zu decken im Inlande einzudecken, während das Ausland so bedeutende Bestellungen machte, daß ganze Betriebe als reine Salutarbetriebe anzusehen sind. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Förderung an Pechstein und Braunkohlen.

Fortschrittende Zentralisation der englischen Gewerkschaftsbewegung. Der Zusammenschluß der englischen Gewerkschaftsorganisationen macht ständige Fortschritte. Zur Zeit sind aussichtsreiche Verhandlungen im Gange, um den Verband der Elektrizitätsarbeiter (45.000 Mitglieder) und den Verband der Maschinen-, Heizer-, Mechaniker und Elektrizitätsarbeiter (40.000 Mitglieder) zu vereinigen.

Russische Banken in Berlin. Die Allrussische Genossenschaftsbank hat zu einer Reihe ausländischer Banken feste Beziehungen aufgenommen, um sich im Auslande festen Boden zu verschaffen. In Berlin ist der Korrespondent dieser Bank die Berliner Handelsgesellschaft. Außerdem plant die Allrussische Genossenschaftsbank, in Berlin und in New York selbständige Banken zu gründen.

Die Ausbeuterinternationale in Vereinsthast. Am dem am 4. Juni in Göteborg abgehaltenen internationalen Kongreß der Unternehmerorganisationen im Buchdruckgewerbe nahmen 150 Vertreter aus 18 Ländern, darunter auch Amerika und Australien, teil. Außer mit rein beruflichen Fragen beschäftigte sich der Kongreß eingehend mit der Stellung der Unternehmerverbände als Kampfsorganisationen gegen die Gewerkschaften, wobei der schwedische Vertreter sich rühmte, daß die schwedische Unternehmerorganisation die Arbeitslöhne stärker als in irgend einem anderen Lande heruntergepreßt hätte. Ein ständiger Ausschuss zur Aufrechterhaltung der Verbindung unter den Buchdruckerorganisationen wurde eingesetzt. — Diefes Vertreters der international organisierten Ausbeuter muß den Arbeitern in allen Ländern ein Ansporn sein, sich noch enger in den Gewerkschaftsorganisationen zusammenzuschließen, um, wenn es gilt, dem herausfordernden Uebermut der Geldherrscher die granitharte Faust des international verbundenen Proletariats entgegenzuschlagen!

Amerika als Weltbankier. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die am stärksten aktive Handelsbilanz von allen anderen Ländern. (Uebrigens erfreuen sich nur wenig Länder einer aktiven Handelsbilanz.) Im Jahre 1922 betrug der Ueberschuß der amerikanischen Ausfuhr über die Einfuhr 719 Millionen Dollar. Heute verfügen die Vereinigten Staaten über etwa die Hälfte allen Münzgolbes der Welt. Mit diesem Reichtum treten sie immer stärker als Bankier der Welt auf. Im Jahre 1922 haben die Vereinigten Staaten nach einer sehr vorzüglichen Schätzung 652 Millionen Dollar anleiherweise ins Ausland gegeben. Alle Erdteile, mit Ausnahme von Afrika, haben von Nordamerika Geld geborgt. Zum großen Scherze Englands hat selbst das britische Kanada 156 Millionen Dollar aus Amerika geholt und Australien 112 Millionen Dollar. Früher hat England in sehr starkem Maße Kredite ans Ausland geben können. Jetzt hat es diese Rolle an die Vereinigten Staaten abgeben müssen. Die jährlichen Kapitalanlagen im Auslande betragen seitens

Table with 2 columns: England, der Ver. Staaten. Rows for years 1911-1922 showing values.

Amerika hat also den englischen Kapitalmarkt bei weitem überflügelt. Daß es damit auch politisch den Engländern — und zwar nicht nur in Kanada und in Australien — un bequem wird, braucht nicht erst ausgeführt zu werden.

Aus der gewerkschaftlichen Frauenbewegung. Der internationale Arbeiterinnenbund hat beschlossen, den zum 24. August einberufenen dritten Kongreß nicht in Brühl bei Köln, sondern im Schloß Schönbrunn bei Wien abzuhalten. Die Verlegung erfolgte wegen der unsicheren Verhältnisse im besetzten deutschen Gebiet. (Daß die englischen Besatzungsbehörden keine Schwierigkeiten machen würden, war sicher, aber die Teilnehmer mühten die französische Besatzungszone passieren und dazu brauchten sogar die Deutschen eine Einreisebewilligung, wodurch sie von französischer Gnade abhängig würden. Auch die gestörten Verkehrsverhältnisse waren für die Verlegung mit maßgebend.) — Nach den letzten statistischen Erhebungen betrug die Zahl der arbeitenden Frauen in Japan 3.000.000. Die Landwirtschaft weist die größte Anzahl beschäftigter Frauen auf, an zweiter Stelle kommen die Fabrikbetriebe.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:
Berlin 24,72:00
Wien 36,50:00
Wien 21,90:00

Züricher Schlusskurse am 23. Juni.

Table with 3 columns: Gold, Ware, and values for various locations like Paris, London, Berlin, etc.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute „Cherubim“; morgen Montag Gastspiel Chamlee „La Boheme“; Dienstag die neuinszenierte Wagner-Oper „Der fliegende Holländer“; Mittwoch zweites Gastspiel Chamlee „La Traviata“; Donnerstag Abschied Alling „Baldere“; Freitag Orphens in der Unterwelt; Samstag Abschied Alling „Frasquita“; nächsten Sonntag Mozart-Plinius III „Figaros Hochzeit“.

Kleine Bühne. Heute Sonntag halb 3 Uhr und Donnerstag abends das Schönhan-Lustspiel „Komte Gaderi“; Mittwoch und Freitag „Die goldene Stadt“; Dienstag das Bühnen-Lustspiel „Leone und Lena“; Samstag und Sonntag Gastspiel Nobel Sanyara „Leonore“ (Uraufführung).

Der Film.

Vio Sansouci. Ernst Lubitsch ist heute für den Film etwa das, was vor einem Jahrzehnt Reinhardt für die Schaubühne war. In Amerika wäre er längst der Direktor des Films geworden. Auf dem europäischen Kontinent muß man zerkieden sein, wenn man alle halben Jahre irgendwo einen feineren Film sehen kann. So kommt es, daß ein Film, der vor zwei Jahren aufgeführt wurde — man erinnert sich an einen Wiener Brechprojekt, den die Penfortstätigkeit des Kardinals Bissi, der sich plötzlich aufstellend für die Lichtspielkunst interessiert, hervorgerufen hatte — noch heute eine Sensation ist. Ob der Film verfährt oder Premiere ist, wie schon endlich wieder einen Lubitsch. Der die „Madame Pompadour“ noch im Gedächtnis hat, findet nun bei „Madame Dubarry“ im Film die Fortsetzung der Operette. Ludwig XV. wird durch seine Maitresse nachgerade populär werden! Lubitsch läßt sich von der Geschichte keine Fesseln anlegen. Er gestaltet den Stoff frei; die Geschichte ist für den Film da, nicht umgekehrt. Die Schikale der Dubarry sind immerhin ziemlich wahrheitsgetreu wiedergegeben. Da sie sich noch weniger als die Pompadour, die wirklich und nicht nur in der Operette Sprit hatte, zur Heldin eignet, hat ihr Lubitsch einen sympathischen Partner zur Seite gestellt. In einzelnen packenden Bildern die Stimmung am Vorabend der großen Revolution wiedergegeben, war ein guter Gedanke Lubitschs. Pola Negri ist als Filmstar der Rolle der Dubarry ebenso gewachsen wie die Massary und Nimi Rött der Diarolle der Pompadour. Sie hat das Abenteuerleben der großen Kokette mit innerer Wahrheit auf die Leinwand gezaubert. Ihrem Spiel glaubt man gern, daß der romantische Weg aus dem Modistenladen durch das Vert des Königs zum Schaffott einmal schmutzige und grausam-gerechte Wirklichkeit war und aller

Mitteilungen aus dem Publikum. Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Daxar.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der Klassenlotterie Karl Bauer, Prag I., Mikulasova str. 28, bei, auf welches wir unsere Leser verweisen.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Jolla.

Piering-Seni u. Essig. Ist der beste! zu haben in allen Konsum-Verelinen.

Für eine nordb. Graph. Anstalt wird ein 1711 Vertreter Provision gesucht. Bewerber, welche in der graphischen Branche versiert sind, wollen ihre näheren Bedingungen unter „Prag 107“ an die Verw. d. Blattes abgeben.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte „APEC“ und „MORRELL“

Vertreter für die Tschechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6657.

Spiritus- u. Brezhese-Fabrik A.-G. vormals Singer & Hamburger, Olmütz liefert Spiritus-Brezhese hervorragendster Qualität.

Stel vor dem Absolutismus von Gottes Gnaden wird in uns wieder lebendig. Auch die übrigen Spieler (Jannings, Vobitz) gehören zur Garde der Ufa.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Olmütz. Sonntag, den 8. Juli im Gewerkschaftshause in Olmütz Bezirkskonferenz. Auf der Tagesordnung steht die Frage der kommenden Gemeindevahlen.

Turnen und Sport.

Tschechischer Fußballverband gegen deutschen Fußballverband 6:0 (4:0).

Das gestrige Spiel der beiden repräsentativen Mannschaften brachte eine skandalöse Niederlage der Deutschen. Wir, die wir in Prag an verschiedenen gewöhnt sind, haben eine detarierte Blamage, wie sie der deutsche Verband gestern erlebte, schon lange nicht mitgemacht. Wenn ein größeres Versehen trifft, ob den sogenannten Spielführer, der die Mannschaft zusammenstellen hatte, oder die Spieler selbst, ist schwer zu entscheiden. Unverständlich ist, wie ein verantwortlicher Sportsmann, der doch die Qualitäten und Konditionen der einzelnen Spieler kennen sollte, Leute aufstellen kann, wie die beiden Troppaner Spieler, oder den unmöglichen Flügel aus Zaaz und Spieler, die so vollständig außer Form sind, wie die Tepliger. Andererseits ist unverstänlich, wie routinierte und technisch gute Kräfte, wie sie der DFC stellte, eine derart klägliche Spiel vorführen konnten, so daß man direkt an eine passive Resistenz glauben mußte. Vom Spielverlauf ist nur zu berichten, daß die Tschechen in jeder Beziehung überlegen waren und das Ergebnis auch doppeistellig hätte ausfallen können. Als überdies beschämendes Moment kommt hinzu, daß der tschechische Verband nicht einmal die erste Garnitur stellte, da die Spartaspieleer fehlten und auch der angefragte Centerforward Panik nicht spielte. Wer in der deutschen Mannschaft der Schlechteste war, ist nicht leicht zu sagen. Unmöglich die beiden Flügel, der eine aus Troppau, der andere aus Zaaz, das ganze Halb von beängstigender Unsicherheit, beide Fußballer, namentlich Aughonta, unter jeder Kritik, der Goalmann Schlaschliet, was er konnte. Warum Wachtler und Vobor nicht eingestellt wurden, ist ein Rätsel, das nicht einmal der Spielführer Patic, der in erster Linie für diese Blamage verantwortlich ist, auflären konnte. Die Tschechen führten ein energisches und durchdachtes Kombinationspiel vor und waren Herren der Situation. Das Publikum amüsierte sich köstlich.

Tragen Sie Dalma Kautschukablässe Kautschuksohlen. Besser und billiger als Leder. Elastischer Gang, Schutz gegen Nässe.

Warnung!! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährten Fliegenfänger KOH-I-NOOR Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik Prag-Vröovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Allthewährt ist Spaleks Czernosecker Weintrestern Essig er ist und bleibt der beste. Weinessigfabrik Quido Spalek Sohn, Leitmeritz. Modernst eingerichteter Gärungsbetrieb. 1357-1